

PHOTOSTATIE COPYs

Doc 4089

(3)

(51)



Aufzeichnungen von Guido Zernatto über  
"Die letzten Tage Österreichs"

65371



## Die letzten Tage Österreichs

### I. Die Einladung nach Berchtesgaden

von Guido Zernatto

ehemaliger Minister des Kanzlers Schuschnigg, ehemaliger Generalsekretär der Patriotischen Front.

*11/12*  
*der letzten Tage*  
*18/1/43*

Candide beginnt hier die Veröffentlichung eines Hauptdokumentes über den Anschluss, in dem man Enthüllungen von grösstem Interesse finden wird. Diese Erzählung der „letzten Tage Österreichs“ wurde in der Tat von dem einzigen österreichischen Mitwirkenden geschrieben, der in der Lage ist, sich frei auszudrücken. Herr Guido Zernatto war Staatssekretär in der Kanzlei, Generalsekretär der Patriotischen Front und Gehilfe des Kanzlers Schuschnigg, dessen direkter Mitarbeiter er war. Er wurde Minister am Vortage des Ultimatums von Berchtesgaden, und er blieb es bis zum 11. März 1938, das heisst bis zum Ende. Er hat also das ganze grosse Drama erlebt. Da er sein Land vor dem Einmarsch der Deutschen verlassen konnte, ist Guido Zernatto, auf dessen Kopf man in Deutschland einen Preis gesetzt hat, frei und er hat den Mut, zu sprechen.

+

Man glaubt oft, dass der Besuch des Kanzlers Dr. Kurt von Schuschnigg in Berchtesgaden der Anfang vom Ende des dritten Österreich war. Man könnte ebenso gut als Anfang des Sterbens die Unterzeichnung des Abkommens vom 11. Juli 1936 ansprechen oder selbst, wenn man sich ausschliesslich an die Voraussetzungen der Aussenpolitik hält, den Eintritt Italiens in den Abessinien-Krieg.

65272

In Stresa hatte Mussolini den Vertretern Englands, dem Premierminister Macdonald und dem Aussenminister John Simon, seine Projekte in Afrika dargelegt und hatte die Überzeugung gewonnen, dass die Westmächte einer italienischen Ausdehnung in Afrika kein ernsthaftes Hindernis entgegensetzen würden. Die spätere Entwicklung der Ereignisse zeigte, dass er sich getäuscht hatte und zwang ihn, neue Kombinationen für seine Aussenpolitik zu suchen. Auf der Suche nach einer mächtigen Freundschaft fand er nur Deutschland, für dessen inneres Regime in den Kreisen der jungen Faschisten Sympathie bestand, Deutschland, das vielleicht noch einmal berufen sein würde, eine grosse kontinentale Macht zu werden, dem er obendrein durch die Politik des Revisionismus verpflichtet war. Die ideologische Front der Achse Rom-Berlin war keine natürliche Notwendigkeit. Sie wurde geschaffen nur durch die Isolierung Italiens, die aus dem Abessinien-Krieg ent-



stand.

Österreich war für eine deutsch-italienische Freundschaft ein Hindernis. Von dem Augenblick ab, wo Mussolini sich für die deutsche Freundschaft entschloss, musste dieses Hindernis auf die eine oder andere Weise aus dem Wege verschwinden. Auf beiden Seiten hielt man ein Kompromiss für möglich. Deutschland zeigte sich bereit, die Unabhängigkeit Österreichs zu garantieren, Italien war geneigt, bei der österreichischen Regierung zu intervenieren, damit ein möglicher modus vivendi auf der Basis der Gleichheit den nationalen Kreisen angeboten wurde.

Aus dieser Sachlage entsprang der Plan für eine „Normalisierung der Österreichisch-deutschen Beziehungen“, der am 11. Juli 1936 verwirklicht wurde. Die Schwäche der kontinentalen Position Italiens trug dazu bei, den Druck Deutschlands zu erhöhen. Den Betrachtungen folgten die Wünsche, den Wünschen die Forderungen, den Forderungen die Drohungen und den Drohungen endlich die Tatsachen, gegen die sich niemand mehr verteidigen konnte.

#### Verhandlungen.

Seit dem Herbst 1937 hatten wir mehrere Male von vertrauenswürdigen ausländischen Persönlichkeiten, die Gelegenheit hatten, mit den Führern des Reiches zu sprechen, erfahren, dass in Berlin detaillierte Pläne für die Eroberung ~~von~~ Österreichs bestanden. Diese Pläne wurden teilweise Hitler selbst, teilweise Goering und auch Neurath zugeschrieben. Im November 1937 schrieb einer der autorisierertesten Männer Englands dem Dr. Guido Schmidt einen Brief, in dem er ihn vor den Plänen Berlins warnte.

Der deutsche Druck auf Österreich verstärkte sich in dem Maße, in dem sich die Schwächung der italienischen Position anzeigte. Der beträchtliche Anteil, den das neue italienische Imperium an Franco in Spanien genommen hatte, hatte als Folge eine neue Verstärkung des Angriffswillens des Reiches gegen Österreich. Wenn die Schwächung Italiens durch den Abessinien-Konflikt als notwendige Folge des Abkommens des 11. Juli 1936 gehabt hat, mussten die Verpflichtungen, die Italien in Spanien übernommen hatte, mit der gleichen Notwendigkeit das Ultimatum von Berchtesgaden auslösen. Noch ein anderer Grund trieb die Führer Deutschlands, schnell die österreichische Frage zu liquidieren. Das Abkommen zwischen Italien und England stand dicht vor dem Abschluss. Dieses Abkommen konnte als Folge eine Stärkung der Position des südlichen Teiles der Achse haben. Nach einer Gesundung der Beziehungen zu England würde es viel schwieriger sein, mit Mussolini über die österreichische Frage zu



sprechen. So entschloss sich Hitler, mit der Gewalt zu intervenieren und eine Situation zu nutzen, die sich vielleicht niemals wieder finden würde.

+

Die Beziehungen zwischen der deutschen Armee und der nationalsozialistischen Partei waren im Laufe des Jahres 1937 ernst. Schon vor dem Besuch Mussolinis in Deutschland und auch während dieses Besuches waren kleine Reibungen zu bemerken gewesen. Der Generaloberst Fritsch als Vertreter der konservativen Offizierskreise und als Chef der Armee bestand darauf, die Armee ausserhalb der Einfluss-sphäre der Partei zu halten. Der Chef einer ausländischen Militärmission bei den Manövern, die bei Gelegenheit des Besuches Mussolinis stattfanden, hat erzählt, dass in Gegenwart von Hitler und Goering Fritsch erklärt hätte, dass er und kein anderer der oberste Chef der Armee sei, und um jedes Missverständnis zu vermeiden, hätte er präzisiert, dass im Falle einer ernstesten Situation die Luftwaffe gleichfalls unter seinen Befehlen stehen würde. Ich bin nicht in der Lage, ~~alle die Motive der Differenzen zu geben, die zwischen der Partei, dem Offizierscorps und der Armee bestanden und noch bestehen.~~ Wir wussten nur, dass die autorisierten Kreise der deutschen Armee eine bewaffnete Intervention in Österreich ablehnten. Die Diskussion, die sich anlässlich der Heirat des Generalfeldmarschalls Blomberg erhob, lieferte die Gelegenheit, die diese tiefen Meinungsverschiedenheiten öffentlich machte.

Marschall Blomberg war in weiten deutschen Offizierskreisen nicht beliebt. Man hatte für ihn zwei Spitznamen geschaffen, die ihn sehr gut charakterisieren. Man nannte ihn den „Kautschuklöwen“ und nach einem Bühnenfilm der Partei, in dem ein Knabe die Hauptrolle spielt, den „Hitlerjungen Quex“.

Das Offizierscorps, in dessen Namen Oberst Fritsch sprach, forderte die Entlassung Blombergs und nahm, um seine Forderung zu rechtfertigen, als Vorwand seine Heirat mit einem jungen Mädchen von bescheidenem Herkommen. Man sagte, dass es nicht zulässig sei, dass der Marschall ein junges Mädchen heiratete, dessen Heirat mit einem subalternen Offizier man wahrscheinlich nicht erlaubt hätte. Der konservative Geist befand sich in dieser Hinsicht in Opposition zu den sozialistischen Auffassungen und diese Tatsache ist umso mehr hervorzuheben, als Hitler und Goering die Trauzeugen Blombergs waren.

Die Krise der Reichswehr wurde durch ein Kompromiss beendet. Man liess Blomberg fallen und Fritsch verschwand für den Augenblick.



in der Versenkung. Aber eine Anzahl aktiver deutscher Generale flüchtete ins Ausland. Der Kronprinz reiste in der Nacht ohne Pass und Gepäck nach Italien ab.

Diese beiden Tatsachen wurden von deutscher Seite dementiert. Meine Informationen stützen sich auf offizielle Quellen. Die Reise des Kronprinzen ohne Pass und ohne Gepäck wurde durch die österreichische Grenzpolizei dem Direktor des Sicherheitsdienstes in Innsbruck gemeldet und von diesem der Bundeskanzlei in Wien. Die Flucht der deutschen Generale wurde auf diplomatischem Wege zu unserer Kenntnis gebracht. Ausserdem bot der Regierungschef eines befreundeten Staates einem Diplomaten Anfang März 1938 an, ihm die Namen dieser Generale zu nennen.

#### Unterhaltungen.

In der Nacht des 5. Februar 1938 empfing Herr von Papen in Wien eine telefonische Mitteilung aus Berlin. Ein subalternen Beamter des Auswärtigen Amtes zeigte ihm an, dass er zurückberufen wurde und dass er seinen Posten innerhalb von 24 Stunden zu verlassen habe.

Die ersten beiden Jahre der Tätigkeit von Papens in Wien waren für ihn weder angenehm noch erfolgreich. Die Wiener Gesellschaft ebenso wie das diplomatische Corps zeigten sich sehr reserviert in ihren Beziehungen mit dem ausserordentlichen deutschen Botschafter. Einer seiner Sekretäre, Herr von Tschirschky, der schon in Berlin sich nicht sehr der Gunst der geheimen Polizei erfreute, flüchtete ins Ausland. Die Kreise der österreichischen nationalsozialistischen Partei verfolgten die Tätigkeit von Papens mit Misstrauen und beschwerten sich mehrere Male in Berlin über ihn.

Erst vom 11. Juli 1936 ab schuf sich Herr von Papen in Wien eine gewisse Situation. Er bemühte sich, mit allen österreichischen Kreisen in Kontakt zu kommen und gab sich einer fruchtbaren deutschen Propaganda hin.

Obgleich die Beziehungen zwischen Österreich und Deutschland immer ausserordentlich schwierig waren, bewies man den guten Willen auf österreichischer Seite und man wünschte, progressiv bessere Beziehungen mit Deutschland sich anbahnen zu sehen. Und selbst während der letzten Wochen hatte man den Eindruck gehabt, vor einer grösseren Befriedung im Innern und einer Besserung der Beziehungen zwischen den beiden Staaten zu stehen.

Die plötzliche Abberufung von Papens von seinem Wiener Posten überraschte umso mehr die österreichischen Regierungskreise und von Papen selbst.



Am Morgen des 5. Februar begab sich von Papen ins Auswärtige Amt, um dem Staatssekretär Guido Schmidt Mitteilung von seiner Abberufung zu machen. Schmidt erzählte mir am gleichen Tage, dass von Papen auf ihn den Eindruck eines Greises gemacht habe. Er hatte sich hinsichtlich seiner Abberufung in wenig höflichen Ausdrücken ausgesprochen, was verständlich ist. Die Form dieser Abberufung, die Tatsache, am Telefon von einem kleinen Beamten abberufen zu sein, ärgerte ihn sehr.

Herr von Papen reiste pünktlich ab, wie er den Befehl erhalten hatte, und begab sich nach Berchtesgaden. Informierte Kreise hatten vermutet, dass es ihm nicht möglich sein würde, bis zu Hitler vorzudringen. Man täuschge sich. Hitler empfing ihn und beauftragte ihn mit einer neuen und sensationellen Mission. Zwei Tage nach seiner Abreise erschien von Papen wieder in Wien, vollkommen verwandelt. Er hatte seine gute Laune wieder gefunden.

Schon im Dezember 1937 hatte der deutsche Gesandte in Wien eine Sonderunterhaltung zwischen Schuschnigg und Hitler vorgeschlagen. Der Bundeskanzler und der Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten hatten mir seinerzeit davon gesprochen. Diese Unterhaltung konnte nicht stattfinden, weil die Vorbedingungen, die dafür von Wien gestellt waren, keine Hoffnung zuließen, von Berlin angenommen zu werden.

Es scheint, dass von Papen in seinen Unterhaltungen mit Hitler angedeutet hat, dass es keine Möglichkeit mehr gäbe, jetzt zu einem Ende zu kommen, ausser einer Unterhaltung mit dem österreichischen Bundeskanzler. Es gibt keinen Zweifel, dass er seine Abberufung aus Wien gerade vor der Erreichung eines endgültigen Zieles als eine Gefahr für das Reich darstellte. Hitler, der unmittelbar nach der Reichswehr-Krise einen sofortigen auswärtigen Erfolg nötig hatte, liess sich überzeugen und gab von Papen den Auftrag, die Unterhaltung mit Schuschnigg vorzubereiten. Der Plan einer brutalen Eroberung Österreichs wurde ehemals in Deutschland genährt. Die Methode, die von Papen in Berchtesgaden vorschlug, schien den Vorteil mit einer geringeren Gefahr für das Reich zu bieten und das, indem sie die gleiche Erfolgchance hatte. Von Papen war überzeugt, dass Schuschnigg im Falle einer persönlichen Unterhaltung sich bereit erklären würde, Bedingungen anzunehmen, die die Garantie geben würden, dass Österreich sich automatisch mit dem Reich und dem Nationalsozialismus verschmelzen würde.

65276

Ich wage nicht zu behaupten, dass eine autorisierte Persönlichkeit in Österreich diesen Eindruck bei dem deutschen Gesandten



erweckte oder bestärkte. Herr von Papen wollte seine politische Karriere mit allen Mitteln retten. Für ihn handelte es sich um einen Versuch, sein politisches Leben zu retten. Ob es in Österreich irgendjemanden gab, der ihm die Hand reichte, das weiss ich nicht.

Von Papen hatte dem Österreichischen Aussenminister und auch dem Bundeskanzler gesagt, dass der Gedanke eines Besuches in Berchtesgaden von ihm käme. Aber es ergab sich aus der Folge der Ereignisse, dass die Durchführung des Planes von Berchtesgaden mindestens eine Gemeinschaftsarbeit war, an der die Gruppe der Österreichischen Nationalsozialisten aus der Umgebung des Dr. Seyss-Inquart ebenso teilnahm wie der deutsche Gesandte.

#### Die Gruppe 5.

In Berlin gab es im Wirtschaftsministerium eine Abteilung, die allgemein die Gruppe 5 genannt wurde, deren Aufgabe es war, die Tätigkeit der deutschen Bergwerke im Rahmen des Vier-Jahres-Planes zu ermutigen. An die Spitze dieser Abteilung war nach dem Abgang des Ministers Schacht ein gewisser Herr Keppler gestellt worden, ein höherer SS-Führer mit dem Titel eines Staatssekretärs. Dieser Herr Keppler ist ein alter Kämpfer der Partei und Inhaber des Goldenen Parteiabzeichens, der höchsten Auszeichnung, die in Deutschland gewährt wird. Er war ehemals Industrieller auf eigene Rechnung, hatte irgendwo in Deutschland eine kleine Fabrik besessen und war zu dieser Zeit vom Führer als sein „Wirtschaftsberater“ ernannt worden. In dem Maße, in dem die nationalsozialistische Partei sich mit dem Staat in Deutschland identifizierte, verloren die Funktionen des Wirtschaftsberaters an Wichtigkeit. Sein Dienst im Reichsministerium, die Abteilung 5, wurde das fünfte Rad am Wagen genannt. Und das war übrigens die Wahrheit. Aber niemand sieht gern seinen Einfluss abnehmen und seine Chance, eine politische Rolle zu spielen, nach und nach verschwinden. So machte sich Herr Keppler auf die Suche nach einer Beschäftigung, die ihm neuen Einfluss geben würde. Es begab sich, dass der Ministerpräsident Goering in den inneren Diskussionen in Österreich Stellung gegen den Kapitän Leopold nahm. Keppler stand in Verbindung mit den Kameraden der Partei in Österreich, die Interesse an der Ungnade Leopolds hatten. Und er versuchte, seine Netze auszuwerfen. Die Diskussion zwischen Leopold und Keppler wurde eine Diskussion und ein Beweis der Stärke zwischen der SS, zu der Keppler wichtige Beziehungen hatte, und der SA, mit deren Chefs Leopold in Verbindung stand. Keppler war Mitglied der deutschen Delegation, die unter der Führung des Staatssekretärs Weissäcker sich im Herbst 1937 in Wien aufhielt. Er wurde und blieb der Chef und zur gleichen Zeit



der Geschäftsträger dieser nationalsozialistischen österreichischen Gruppe in Berlin, die den Sturz Leopolds vorbereitete und von der man vermutete, dass Dr. Arthur Seyss-Inquart der Chef war.

Dieser Staatssekretär Keppler arbeitete mit seinen Wiener Freunden einen Plan aus, der im Gegensatz zu dem Tava (nach dem Namen eines Nationalsozialisten, der einen Aufstandsplan für Österreich ausgearbeitet hatte) genannten Plan die friedliche Durchdringung Österreichs durch den Nationalsozialismus zum Ziele hatte. Der Plan Keppler bildete die Basis für die Unterhaltungen von Berchtesgaden, genauer noch, der Plan Keppler war nichts anderes als das erste Ultimatum.

Die Argumente, die Herr von Papen in Wien Schuschnigg gab, um ihm die Einladung Hitlers annehmen zu machen, liessen vermuten, dass die Gelegenheit für Österreich ausserordentlich günstig war. „Hitler“, erklärte von Papen, „befindet sich nach der Krise der Reichswehr in einer intern schwierigen Situation. Er hat einen aussenpolitischen Erfolg nötig, das würde ein Erfolg sein können, der für Österreich grosse Vorteile bieten würde.“ Hitler würde geneigt sein, die illegale Partei in Österreich aufzulösen (man weiss, dass mit diesem Namen die nationalsozialistische Partei bezeichnet wurde, seit sie in Österreich aufgelöst und untersagt wurde), wenn der österreichische Bundeskanzler ihm Konzessionen machte, die er zu machen schon längst bereit gewesen sei und die Hitler seinerseits der Welt als einen Erfolg Deutschlands darbieten könnte.

Nach seiner, von Papens, Meinung würde Hitler jetzt bereit sein, einen definitiven Frieden mit Österreich zu schliessen und das unter Bedingungen, die zu erhalten früher nicht möglich gewesen wäre und die später wahrscheinlich nicht mehr zu erhalten sein würden.

Als bald nach seiner Unterhaltung mit dem Gesandten Deutschlands berief mich der Bundeskanzler und erzählte mir kurz die Unterhaltung. Er sei noch nicht entschlossen, sagte er mir, diese Einladung anzunehmen. Wir verabredeten uns zum Diner und Dr. Guido Schmidt sollte sich zu uns gesellen.

Es war vereinbart worden, dass eine absolute Diskretion über diese Tatsache bewahrt werden solle. Ausser dem Bundeskanzler und Dr. Schmidt war ich das einzige Mitglied des Kabinetts, das auf dem Laufenden war. Herr von Papen hatte versichert, dass von deutscher Seite ebenfalls eine absolute Diskretion bewahrt würde. Tatsächlich hörten wir in den folgenden Tagen und bis zur Bekanntgabe der Einladung nichts von irgendeiner Indiskretion von Seiten der Mitglieder



der deutschen Gesandtschaft, auf die man sich beinahe hätte gefasst machen können, wenn die Tatsache dort bekannt gewesen wäre.

Der Bundeskanzler und ich - von Dr. Schmidt kann ich es nicht mit Bestimmtheit sagen - wir waren der Meinung, dass niemand in Österreich ausser den schon erwähnten Persönlichkeiten auf dem Laufenden war. Wir täuschten uns, denn in den Büros des ehemaligen Staatsrats Seyss-Inquart befanden sich Mitarbeiter des Planes von Keppler, der dem Bundeskanzler unter der Form eines Ultimatums präsentiert werden sollte. Dieser Kreis junger Nationalsozialisten war in einer präzisen Form über die Einladung informiert und wusste darüber mehr als wir alle zusammen. Vor der Abreise des Bundeskanzlers nach Berchtesgaden verliess ein Mitglied dieses Kreises, der gegenwärtige Staatssekretär Dr. Kajetan Mühlmann, Wien, um sich nach Berchtesgaden zu begeben und dort zur Verfügung des Reichskanzlers zu stehen und ihm Informationen zu liefern.

#### Nach Berchtesgaden.

Ich holte den Bundeskanzler gegen 11 Uhr abends in seinem Büro auf dem Ballhausplatz ab und begab mich mit ihm ins Grand Hotel. Dr. Schmidt traf zur gleichen Zeit wie wir ein. Dr. Schuschnigg gab mir dann einige ergänzende Einzelheiten bekannt. Es war vereinbart worden, dass nach der Unterhaltung von Berchtesgaden die Beziehungen zwischen Österreich und Deutschland in keinem Fall schlechter sein würden als vorher. Ausserdem war die Rede gewesen von einem Minimalprogramm, das vor den Unterhaltungen fix und fertig gemacht werden sollte und in dem drei Hauptpunkte vom Bundeskanzler präzisiert werden sollten: 1. die neue Anerkennung drückt die österreichische Unabhängigkeit durch den deutschen Kanzler aus, 2. dass die Unterhaltungen sich im Rahmen des Abkommens vom 11. Juli 1936 abwickeln würden und 3. der Wille der beiden Gesprächspartner, zu einem dauerhaften Frieden zwischen den beiden deutschen Staaten zu kommen.

Während des Dinners gab der Bundeskanzler Dr. Schmidt das ins Auge gefasste Projekt des Planes. Er hatte es mit der Hand auf ein Stückchen Papier geschrieben. Dr. Schmidt empfing den Auftrag, sich mit Herrn von Papen über den Text am folgenden Tage zu einigen. Obgleich Dr. Schuschnigg seine prinzipielle Annahme mitgeteilt hatte, sah er der vorgesehenen Unterhaltung doch nicht mit Vergnügen entgegen. Er entwickelte uns seine Gedanken darüber und war der Ansicht, dass im Laufe dieser Unterhaltungen es ihm nicht gelingen würde, jemanden zufrieden zu stellen.



Die entschlossenen Gegner jedes Abkommens mit Deutschland würden ihm den Vorwurf machen, das integrale österreichische Programm zu verraten. Die nationalen Kreise würden immer unzufrieden mit allem sein, was er ihnen vorschlagen würde. Ich erinnere mich auch an die präzise Form, in der der Kanzler wörtlich sagte, dass die kirchlichen Kreise sicher Stellung gegen jedes Abkommen nehmen würden.

Ich empfang den Auftrag, mich am folgenden Tage mit Dr. Seyss-Inquart über die Prinzipien einer Zusammenarbeit der nationalen Kreise mit der vaterländischen Front (der einzigen durch die Verfassung von 1934 autorisierten politischen Organisation in Österreich) zu einigen, ohne auf den bevorstehenden Besuch anzuspielen. Wir waren der Ansicht, dass es möglich sein würde, nach Berchtesgaden zu fahren, nachdem wir ein Übereinkommen geschaffen hatten.

#### Der letzte Ball.

Am folgenden Tage fand der grosse Ball der Vaterländischen Front statt. Wir hatten grosse Vorbereitungen getroffen. Aber es war vorauszusagen, dass die Nationalsozialisten versuchen würden, dieses Fest zu stören. Ähnliche Versuche waren gewöhnlich von den grossen Führern der Illegalen nicht befohlen worden. Es handelte sich um kleine Gruppen von Leuten, meist um Studenten, die grossen Lärm organisierten, um der nationalsozialistischen Sache zu dienen. Wir glaubten nicht, dass man ernsthaftes Attentate unternehmen würde. Aber wir hatten durch unsere Agenten erfahren, dass man versuchen würde, Stinkbomben zu werfen oder einen Kurzschluss hervorzurufen. Solche an und für sich harmlosen Zwischenfälle könnten indessen eine Panik hervorrufen. So schenkten wir den Sicherheitsmassnahmen eine besondere Aufmerksamkeit. Am Morgen dieses Tages erfuhr ich von einer Vertrauensperson, die den Illegalen angehörte, dass eine Gruppe von Wiener Nationalsozialisten die Absicht hätte, ein Attentat gegen mich zu verüben. Ich hatte ähnliche Warnungen wiederholt erhalten und ich wusste, dass man von Zeit zu Zeit Nachrichten dieser Art lancierte, um den Betreffenden einzuschüchtern oder um ihn abzuraten, eine Tat auszuführen, zu der er sich entschlossen hatte. Infolgedessen war ich nicht sehr beunruhigt, obgleich diesmal die Nachricht aus einer sicheren Quelle kam.

Ich gebe diese Einzelheiten, um die Atmosphäre zu beschreiben, in der Wien damals lebte. Man hatte in der Defensive gegen den Nationalsozialismus mit vielen Gruppen oder Grüppchen zu tun, die ihren Kleinkrieg nicht in Übereinstimmung miteinander führten und die



sich oft selbst bekriegten. Die Information eines Nationalsozialisten oder eines einzelnen Agenten konnte niemals mit Sicherheit als wahr aufgenommen werden, weil diese Leute ihre Informationen nur über eine einzelne dieser kleinen Gruppen gaben. Zur gleichen Zeit, in der sie ihren Kampf gegen das österreichische Regime führten, stifteten die Nationalsozialisten Intrigen gegen ihre eigenen Gruppen, bekämpften sich unter sich und bedienten sich häufig der amtlichen Macht gegen ihre Gegner in der Partei. Es verging keine Woche, wo die Behörden nicht Klagen eines Nationalsozialisten gegen einen seiner Parteigenossen wegen illegaler Tätigkeit erhielten.

Der Ball der Vaterländischen Front war ein schönes Fest. Alles was in Wien einen höheren Rang und einen Namen hatte, erschien. Die Regierung, das diplomatische Corps mit Ausnahme der deutschen und russischen Diplomaten, die Chefs der Wirtschaft, die hohen Beamten, das Offizierscorps, aber auch tausende unserer getreuen und bescheidenen Kämpfer aus allen Wiener Bezirken und der Provinz.

Der Bundeskanzler erschien an diesem Abend zum ersten und einzigen Mal in der Uniform der Sturmcharen der Vaterländischen Front. Wir konnten uns eine gewisse Zeit in einer Ecke aufhalten und von der Reise sprechen, die der Kanzler am folgenden Abend unternehmen sollte. Niemand in der Menge, die sich dort drängte, um zu tanzen und sich zu unterhalten, hatte die geringste Ahnung, dass der Übermorgen vollkommen die politische Atmosphäre ändern und uns dem Prolog der Vernichtung des Landes beiwohnen lassen würde.

Der grosse Ball der Vaterländischen Front wurde so ein Abschiedsfest, das durch keine bittere Ahnung gestört war. Vier Wochen später schlossen sich hinter diesen Männern, deren Weltanschauung aus einer stügellosen Liebe zum Vaterland bestand, die Tore der Gefängnisse, der Konzentrationslager, die Grenzposten, die Friedhöfe.

Am Nachmittag des 11. Februar machte der Bundeskanzler in meinem Büro dem Dr. Seyss-Inquart Mitteilung von seiner Absicht, sich zu Hitler zu begeben. Seyss war schon informiert. Das bestätigte meine Vermutung, dass die Vorbereitungen für das Zusammentreffen auf dem Obersalsberg nicht von Herrn von Papen allein, sondern in Zusammenarbeit mit Herrn Keppler und dem Kreise der jungen Nationalsozialisten getroffen wurden, die sich hinter Dr. Seyss gruppierten.

Ich diskutierte dann, indem ich mich eines Briefwechsels bediente, der zwischen Dr. Seyss und mir stattgefunden hatte, die Basen einer Zusammenarbeit der nationalen Kreise mit der Vaterländischen Front. Dr. Seyss sagte mir unzählige Male, dass er ein Feind



der Politik Habichts sei, die darauf abziele, Österreich zur Vermunft zu zwingen. Er wiederholte immer wieder, dass er ein loyales Ziel verfolge und dass er niemals ein Instrument illoyaler Bestrebungen sein würde. Er sagte, ich werde dem Trojanischen Pferd nicht als Führer dienen, und wollte damit ausdrücken, dass er sich weigerte, die Nationalsozialisten in die Vaterländische Front eintreten zu lassen, um dann einen Kampf im Innern der Organisation zu führen.

#### Abreise.

Im Laufe dieser Verhandlungen zeigte sich Dr. Seyss-Inquart ausserordentlich verständlich. Er sagte mir, dass sein Projekt nur ein Grundzug sei und dass es jetzt notwendig sei, uns zu einigen, um daraus ein definitives Werk zu machen. Wir fanden auch für alle in Frage stehenden Punkte eine Formel mit Ausnahme eines einzigen, wo Dr. Seyss ausdrücken wollte, dass das Glaubensbekenntnis der nationalsozialistischen Weltanschauung identisch sei mit dem Glaubensbekenntnis der Prinzipien der Vaterländischen Front. Diese Identitätsfrage zu lösen, behielt sich Dr. Schuschnigg vor.

1 1/2 Stunden vor der Abfahrt des Zuges war der Bundeskanzler noch in meinem Büro.

Während der Minuten, die folgten, diktierte ich das mit Dr. Seyss vereinbarte Abkommen in die Schreibmaschine. Ich beendete es gerade zur Zeit und ich beeilte mich, zum Westbahnhof zu kommen. Ich kam einige Minuten vor Dr. Schuschnigg an und ich hatte noch die Möglichkeit, den Staatssekretär Dr. Schmidt zu unterrichten. Er und der Bundeskanzler trugen jeder nach Berchtesgaden ein Exemplar des zwischen Dr. Seyss und mir getroffenen Abkommens.

Ich ging mit Dr. Schmidt in Erwartung des Dr. Schuschnigg auf dem Bahnsteig hin und her. Schmidt schien mir ausserordentlich unsicher. „Was wird sich ereignen?“, frag er mich. Ich sagte ihm, dass er die Pflicht habe, einen unbestreitbaren Erfolg mit sich zu bringen. „Ich kann das nicht versprechen“, erwiderte er, indem er die Achseln zuckte.

In einer Abendzeitung wurde die Nachricht lanciert, dass der Bundeskanzler sich nach Tirol begab. Einige Tage vorher hatte man die Ankunft des tschechoslowakischen Ministerpräsidenten Dr. Milan Hodzsa in Kitzbühel angekündigt. Wir wollten die Presse ablenken und in gewissen Zeitungen die Vermutung hervorrufen, dass Dr. Schuschnigg nach Kitzbühel gereist sei, um sich dort mit Dr. Hodzsa zu unterhalten. In der Tat wurden einige Zeitungen das Opfer dieser List.



Am Morgen des folgenden Tages fand eine Konferenz von politischen Berichterstattern der Vaterländischen Front statt. Ich traf gegen Mittag auf der Versammlung ein, um mitsuteilen, dass der Bundeskanzler im gleichen Augenblick sich bei Hitler auf dem Obersalsberg befinde. Die Nachricht wurde mit grossem Erstaunen aufgenommen und die Berichterstatter trennten sich sehr bewegt.

#### Erwartung.

Der Kanzler hatte mir gesagt, dass er gegen 18 Uhr in Salzburg zurück sein würde. Von den Mitgliedern seines Gefolges waren der Direktor der offiziellen Nachrichtenagentur, der Hofrat Weber, und der Privatsekretär des Kanzlers, der Ministerialrat Froehlichsthal in Salzburg geblieben. Hofrat Weber sollte nach der Rückkehr Schuschniggs das Pressecommuniqué redigieren und es nach Wien telefonieren. Baron Froehlichsthal sollte im Falle einer persönlichen Verhinderung, deren Möglichkeit der Kanzler nicht ausgeschlossen hielt, gewisse besondere Dispositionen treffen.

In Wien war die Nachricht vom Besuch Schuschniggs bei Hitler in den ersten Nachmittagsstunden bekannt geworden. Die ausländischen Rundfunksender verbreiteten sie in sensationeller Form. Eine Wiener Abendzeitung veröffentlichte gegen 3 Uhr einen kurzen Artikel. Am Nachmittag versammelte der Chef des Bundespressedienstes die hauptsächlichsten Wiener Journalisten, um ihnen Informationen zu geben. Er beschränkte sich darauf, die Tatsache des Besuches bekannt zu geben, der als die Folge einer Einladung des Reichskanzlers dargestellt wurde. Er zeigte an, dass dieses Zusammentreffen aus dem Wunsche heraus erfolge, einen dauerhaften Frieden zwischen den beiden deutschen Staaten zu schaffen und kündigte für den frühen Abend ein offizielles Kommuniqué an.

Für den Fall, dass man ohne Nachricht bleiben würde, hatte Baron Froehlichsthal den Auftrag erhalten, die Garnison von Salzburg zu alarmieren. Gegen Mittag war eine Nachricht eingetroffen, die anzeigte, dass die Verhandlungen fortgesetzt würden. Seit dieser Stunde erhielt man nichts mehr.

In Salzburg hatte Baron Froehlichsthal seine Uhr in der Hand. Der Divisionsgeneral ging nervös in seinem Büro hin und her. Es ging auf 18 Uhr. Keine Nachricht. Das bedeutete, dass ein unvorhergesehenes Ereignis eingetreten sein musste.



Die Unterhaltung Hitler - Schuschnigg.

Seit dem Beginn des Nachmittags wartete Österreich ängstlich. Die Nachricht von der Reise des Kanzlers Schuschnigg nach Berchtesgaden war zuerst durch die ausländischen Rundfunkstationen bekannt gegeben worden und sie hatte Aufsehen erregt. Gegen 3 Uhr hatte sie eine Wiener Zeitung mit einem kurzen Artikel bestätigt. Man wusste nur in der Öffentlichkeit, dass der Kanzler Schuschnigg angenommen hatte, der Einladung Adolf Hitlers zu folgen. Was würde dieser fordern? Würde die Unabhängigkeit Österreichs aus dieser Unterhaltung intakt hervorgehen? Das waren ängstliche Fragen, die jeder sich stellte.

Der Kanzler hatte gesagt, dass er nach Salzburg zurückkehren würde, wo ihm gewisse Mitglieder seines Gefolges und gewisse Mitglieder der Regierung erwarteten. Der Baron Froehlichsthal hatte den Befehl empfangen, die Garnison von Salzburg zu alarmieren für den Fall, dass man ohne Nachricht bleiben würde. Gegen Mittag war eine Botschaft eingetroffen, die ankündigte, dass die Verhandlungen fortgesetzt würden. Seitdem nichts mehr. Es war gleich 18 Uhr.

Herr Schuschnigg wusste, dass in einigen Minuten sein Land und infolgedessen Europa, die ganze Welt, alarmiert werden würden, wenn er keine Nachricht gab. Wenn er keine gab, dann also doch nur, weil es ihm unmöglich war, dies zu tun. Was hatte sich ereignet? Der Baron Froehlichsthal durchlebte die furchtbarsten Minuten seines Lebens. Die Armee traf ihre letzten Dispositionen.

Was wird geschehen? Wir sind alle in einer grenzenlosen Übererregung. Nichts auf der Welt hat mehr für uns Interesse als zu wissen, was nun in Berchtesgaden vor sich ging. Wird man eine Nachricht empfangen? Oder wird es der Krieg sein, der Zusammenbruch, die Revolution?

Ich stand am Fenster meines Büros am Hof in Wien. Im Vorzimmer befanden sich meine Mitarbeiter und meine Freunde. Wir wissen nichts über seine Rückkehr. Draussen ertönt ohne Unterbrechung das Geklotz der Telefonapparate. Ein Sekretär gibt immer die gleiche stereotype Antwort auf immer die gleiche Frage: „Nein, noch nichts. Wir hoffen. Ja, rufen Sie doch noch einmal an.“

Endlich, um 18 Uhr, scheint die Entscheidung gefallen zu sein, eine Nachricht aus Salzburg. Der Kanzler hatte telefoniert, dass die Verhandlungen weiter gehen.

Dann wieder nichts.

Wieder vergehen Stunden. Niemand in Österreich weiss, was sich bis zu diesem Augenblick ereignet hat.



Ich hatte die Polizeidirektion in Salzburg gebeten, mich zu benachrichtigen, sobald der Wagen des Kaisers die Grenze passieren würde. Unsere Telefonsentralen waren alle besetzt. In allen Ecken des Landes wollte man Nachrichten haben, Einzelheiten kennen. Den subalternen Organen der Vaterländischen Front hatte ich schon am Anfang des Nachmittags eine Mitteilung zugehen lassen, die sich aber darauf beschränkte, den Besuch ohne jede andere Erklärung anzukündigen. Ich hatte ergänzende Meldungen für den frühen Abend angezeigt. Aber es wurde immer später.

In der Stephans-Kathedrale wurde am Morgen des gleichen Tages mit den traditionellen Feierlichkeiten das Fest der Krönung des Papstes zelebriert. Das war die letzte Zeremonie, an der die österreichische Regierung mit dem Bundespräsidenten und dem diplomatischen Corps teilnahm. Kardinal Innitzer hielt seinen feierlichen Einszug, gefolgt von Kapitel und zahlreichen Priestern. Er stimmte das Te Deum an. Bevor er sich zurückzog, verbeugte er sich vor den Anwesenden. Niemand zweifelte, dass diese Reverenz ein Adieu war, das Adieu des Kardinals für die österreichische Regierung, sein Adieu für die österreichische Idee. An dem gleichen Altar, den der Kardinal soeben verließ, hatte er einstmal die sterbliche Hülle des ermordeten Bundeskanzlers Dollfuß gesegnet und hatte ihm in tiefbewegten Ausdrücken Adieu gesagt, die wie ein Treueschwur klangen. Ein Priester aus der Umgebung des Kardinals rief mich spät abends ans Telefon. Er war unruhig und wollte Neues erfahren. Von Viertelstunde zu Viertelstunde liess ich mir eine Verbindung mit Salzburg geben. Aber dort hatte man auch keine Informationen.

#### Zurück.

Endlich, um Mitternacht, erfuhr man, dass der Kanzler die Grenze passiert hatte. Er hatte sich direkt zur Provinzialregierung von Salzburg auf den Chiemseehof begeben und von dort rief er mich wenig später an. Ich sehnte mich danach, von ihm eine Nachricht zu haben, welches auch immer sie sei. Er beschränkte sich darauf, mir zu sagen, dass er am folgenden Morgen in Wien ankommen und mir alles erzählen würde. Ich bat ihn, mir wenigstens zu sagen, ob es gut oder böse ausgegangen sei. Er erwiderte mir, dass besonders am Telefon er nichts sagen könnte und dass ich nur am nächsten Morgen auf dem Bahnhof sein sollte.

Diese telefonische Unterhaltung liess mir keinen Zweifel: die Unterhaltung war ganz anders verlaufen, als wir es erwarteten.



Ich drückte diese Ansicht meinen intimen Mitarbeitern aus.

Um einen Kommentar an die Presse zu geben, war es jetzt zu spät. Die Zeitungen waren schon im Druck. So musste man sich entschliessen, die Nachricht vom Besuch in Berchtesgaden den österreichischen Zeitungslesern ohne Kommentar mitzuteilen.

Wir besprachen die Situation noch in dieser gleichen Nacht mit dem Chef des Bundes-Presse-Dienstes, den Oberst Walter Adam. Ich bildete mir noch immer ein, die Situation sei gemäss dem primitiven Abkommen, das festgesetzt hatte, dass in keinem Fall die Beziehungen zwischen den beiden Staaten nach der Unterhaltung von Berchtesgaden schlechter als vorher sein würden. Aber darin sollte ich mich wie in so vielen anderen Gelegenheiten gründlich täuschen.

Der Sonderzug aus Salzburg traf gegen 8 Uhr morgens ein. Für den Empfang des Bundeskanzlers gab es nur zwei oder drei Persönlichkeiten. Von Papen wurde durch seinen Sekretär, den Baron Ketteler erwartet, der zur Zeit des Zusammenbruchs auf geheimnisvolle Weise verschwand. Anfang Mai zog man seine Leiche in der Nähe von Hainburg, unweit der tschechischen Grenze, aus der Donau.

Als der Zug hielt, stieg niemand aus dem Wagen. Ich stieg ein und fand auf dem Gang den Baron Froehlichsthal, der mir sagte, dass der Kanzler noch in seinem Abteil sei. Ich öffnete eine Tür. Es war das Abteil des Herrn von Papen. Er begrüßte mich freundlich, schien mir indessen aber nicht besonders guter Laune zu sein. Entsprechend den wenigen Worten, die wir wechselten, zog ich den Schluss, dass ein Abkommen geschlossen worden sei, von dem er hoffte, dass es die definitive Lösung bringen würde. Dann erschien Dr. Schmidt. Ich bemerkte, dass die Stimmung unserer Minister schlimmer war, als ich sie mir in den pessimistischsten Augenblicken gedacht hatte. Endlich erschien Dr. Schuschnigg. Wir nahmen schnell Abschied von Herrn von Papen und verliessen den Zug. Der Kanzler lud Dr. Schmidt und mich ein, mit ihm zusammen zu frühstücken.

Im Esszimmer war es kalt. Niemand hatte Hunger. Während wir mit unseren Löffeln in den Tassen rührten, erzählten mir alle beide, was sich in Berchtesgaden ereignet hatte.

Der Minister Glaise-Horstenaus hatte einmal dem Kanzler Schuschnigg gesagt, dass Hitler nicht ein politischer Mensch, sondern ein Prophet sei. Auch Schuschnigg begann seinen Rechenschaftsbericht so:

Ich weiss jetzt endlich, was Glaise unter einem Propheten versteht.



Hitler machte auf Schuschnigg den Eindruck eines Menschen aus einer anderen Welt. Der österreichische Kanzler würde nicht das Gefühl einer grösseren geistigen Distanz gehabt haben, wenn er mit einem Inder gesprochen hätte, statt es mit dem „Führer des deutschen Volkes und Reiches“ zu tun.

Schuschnigg ist ein Mensch, der gemäss den Umständen versucht, aus Pflicht und aus Notwendigkeit, das richtige Milieu zu wählen. Er ist ein Mensch, der seine Entscheidungen nach Überlegung trifft und der, wenn er gezwungen ist, zu handeln, noch einmal sein Gewissen befragt. Unter allen Umständen versucht er, seinen Weg zu gehen, ohne jemals um eine Linie von seinen inneren Überzeugungen abzuweichen.

Hitler ist ein Mensch, der, indem er sich auf sein Programm stützt, durch Intuition handelt. Er ist fest überzeugt, dass die Vorsehung ihm dem deutschen Volk geschickt hat, um es zu befreien und seine Macht zu sichern. Er glaubt an die Prinzipien seiner Partei wie an religiöse Dogmen. Er ist überzeugt, dass es keine Macht auf der Welt gibt, die ihn hindern könnte, das Werk zu vollenden, das er begonnen hat. Er hält sich klar an das Prinzip, dass die Mittel sekundär und dass das Endziel alles ist. Er ist von dem unbesiegbaren Willen besessen, „Geschichte zu machen“.

Schuschnigg macht sich ein Bild von der Welt, Hitler hat ein Modell, nach dem er die Welt beurteilt und versucht, sie zu modellieren.

Auf dem Wege von Berchtesgaden zum Obersalsberg liess von Papen, der sich im Auto des Kanzlers befand, en passant durchblicken, dass es auch noch andere Gäste im Hause Hitlers geben würde.

Sie werden nichts dagegen haben, sagte er zu Schuschnigg, wenn aus Zufall es dort auch noch die Chefs der Armee, den General Keitel, den General Reichenau und einen General der Flieger gibt?

Schuschnigg und Schmidt sahen sich an. Aus Zufall?

#### Hitler spricht.

Nach der Begrüssung und den protokollarischen Höflichkeiten begannen die Unterhaltungen.

Hitler überschüttete Schuschnigg mit Vorwürfen. Er sagte ihm, dass das österreichische Regime in seinen Augen ein Regime des Zwanges und ohne Gesetzmässigkeit sei. Schuschnigg habe kein Recht, mit einer Handvoll von Leuten ein Volk zu missbrauchen. Hitler stellte die Mörder des Kanzlers Dollfuss, die am 25. Juli 1934 hingerichtet worden waren, als Märtyrer dar. Die österreichische Politik stütze



sich auf ausländische Bajonette. Aber die Zeit sei vorüber, wo das Deutsche Reich, das unter einem nationalsozialistischen Regime für die Gesamtheit des deutschen Volkes verantwortlich sei, in welchem Staat es auch immer lebe, geneigt sei, das noch immer zu unterstützen. Die Stunde der Befreiung für das österreichische Volk sei jetzt gekommen.

Hitler hätte sich entschlossen, die österreichische Frage in der einen oder andern Weise zu lösen. Er hätte zunächst die Absicht gehabt, seine Truppen am 26. Februar in Österreich einmarschieren zu lassen. Man hätte ihm jetzt einen Plan übergeben, den er angenommen habe. Entweder unterzeichne Schuschnigg den Vertrag, den er ihm unterbreiten werde, oder er, Hitler, würde konsequent handeln.

In Berchtesgaden waren auf deutscher Seite ausser Herrn von Ribbentrop gleichfalls die Generale Keitel und Reichenau ebenso wie ein General der Luftwaffe anwesend. Es befand sich dort auch der österreichische Nationalsozialist D.C. Mühlmann, den die österreichische Delegation nicht sah, aber den Hitler während einer Pause in den Besprechungen empfing, um ihn um seine Meinung zu befragen.

Schuschnigg legte klar und offen seinen Standpunkt dar. Er verteidigte sich gegen die Angriffe, die Hitler gegen das politische österreichische Regime gerichtet hatte, gegen das Regime, mit dem alles in allem Hitler am 11. Juli 1936 einen Vertrag geschlossen hatte und dem gegenüber er sich verpflichtet hatte, nicht in die inneren Angelegenheiten einzugreifen. Die Ermordung Dollfuss war ohne jeden Zweifel ein Mord. Die Beamten, die an der Tätigkeit der illegalen Partei teilnahmen, hatten ihren Eid verletzt.

Schuschnigg fragte Hitler, was er mit solchen Beamten tun würde, wie er gegen Soldaten und gegen Polizeibeamte verfahren würde, die sich geheimer Verschwörungen oder des Hochverrats schuldig machten. Er überreichte Hitler eine Liste von Fällen, die ohne Zweifel eine Intervention deutscher Persönlichkeiten und Parteiorgane in die inneren österreichischen Angelegenheiten darstellten. Es fehlte nicht an derartigen Affären. Unter den hunderten von Beispielen, die man hätte zitieren können, konnte man diejenigen aus den letzten Tagen wählen:

Der erste Bürgermeister von Passau war auf österreichischem Gebiet verhaftet worden. In seinem Wagen fand man Tausende von illegalen Flugblättern. Auf dem Bayrischen Bahnhof in Salzburg hatte man in den amtlichen Zollbüros ein beträchtliches Depot von Drucksachen jeder Art entdeckt, die für die nationalsozialistische Propaganda in



Österreich verwandt wurden. Die Führer der illegalen Partei, die ihre Büros in den Lokalen des Komitees der Sieben in der Teufaltstrasse hatten, waren in beständiger Verbindung mit der Partei und Verwaltung des Deutschen Reiches. Die Übersendung von Geldmitteln an die illegale Partei war seit dem 11. Juli 1936 niemals unterbrochen worden.

Hitler, Hess, Goering, Göbbels und andere Persönlichkeiten der deutschen Regierung waren in beständiger Verbindung mit den Sektionen der illegalen Partei in Österreich. In hunderten von Fällen konnte man beweisen, dass österreichische Nationalsozialisten von diesen Persönlichkeiten empfangen und in ihrem Kampf gegen die österreichische Regierung ermutigt worden waren.

Es gab Dutzende von Zeugenaussagen, in denen bestätigt wurde, dass Hitler, Hess, Goering, Himmler und andere politische Männer des Dritten Reiches den illegalen Führern bestätigt hatten, dass die Stunde schlagen würde, wo das Reich ihnen zu Hilfe kommen würde. Die Österreichische Legion wurde niemals aufgelöst. Diese militärische Organisation der emigrierten Österreicher empfing militärische Ausbildung und Waffen. Kurz, die Geschichte der österreichisch-deutschen Beziehungen seit dem 11. Juli war nur eine Geschichte von beständigen Interventionen von deutscher Seite in die inneren österreichischen Angelegenheiten.

Schuschnigg unterbreitete Hitler Beweisstücke über alle diese Affären und zog daraus die Schlussfolgerung.

Unser Kampf war vom Anfang an nur ein Verteidigungskampf. Die innere Befriedung Österreichs wäre seit langem geschehen, wenn dieses Friedenswerk nicht von aussen her ruiniert worden wäre.

Hitler geriet in Zorn. Er sagte, dass die österreichische Politik einzig gegen das Reich gerichtet sei, gegen ihn selbst und gegen seine Pläne. In Österreich sei gegen seine Person ein Attentat vorbereitet worden, das von einer Gruppe von Legitimisten angesetzt worden sei. Bei den Vorbereitungen hätte der Redakteur einer in Wien erscheinenden Revue eine entscheidende Rolle gespielt. Man projektierte ein Attentat gegen ihn, dessen ganzes Leben und dessen ganzer Wille darauf abzielten, das deutsche Volk, dem auch die Österreicher angehörten, gross und mächtig zu machen.

Schuschnigg erwiderte, dass er bereit sei, Frieden zu machen. Aber dies könnte nur ein loyaler Friede sein. Was ihn anbetreffe, habe er nicht den Ehrgeiz, der Grösste der Deutschen zu sein, aber er würde glücklich sein, der Beste unter ihnen zu sein.



Die Verteidigungspläne des österreichischen Generalstabes im Falle eines deutschen Einmarsches, die durch Verrat in die Hände des Reichskanzlers gefallen waren, lieferten Hitler Gelegenheit zu neuen Angriffen. Schuschnigg bemerkte, dass diese Pläne, deren Vorhandensein nicht geleugnet werden könnte, nur zur Verteidigung des Landes dienen sollten und nicht zu einem Angriff auf das Deutsche Reich. So verstehe er nicht die Bewegung Hitlers. Die Strassensperren, die an der deutschen Grenze errichtet seien und alle anderen getroffenen Maßnahmen seien gleichfalls auf der anderen Seite der Grenze durchgeführt worden.

Hitler bestätigte, dass diese Pläne den Geist verrieten, der die österreichische Regierung belebte. Schuschnigg erwiderte, dass die österreichische Regierung nur von dem Instinkt der Verteidigung inspiriert würde. Übrigens sei der Wille, zu einem Friedensschluss mit dem Reich zu kommen, schon durch Dollfuß ausgedrückt worden. In diesem Punkte habe sich nichts geändert. Es seien dieser Geist und dieser Friedenswille, die ihn selbst nach Berchtesgaden geführt hätten.

+

In den ersten Stunden der Besprechungen wurden alle Gegenstände in Angriff genommen. Aber die Argumente und die Erwidierungen waren nicht das Wichtigste. Hitler besaß ein Argument, das Schuschnigg den Atem nahm. Dieses Argument war die Gewalt.

Der Plan Keppler bildete die Basis der Unterhaltungen. Die Forderungen Hitlers lassen sich im wesentlichen in den folgenden Punkten zusammenfassen:

1. Allgemeine Amnestie für alle, die wegen ihrer nationalsozialistischen Tätigkeit bestraft werden sind, einbegriffen die Verweisungen von den Schulen.
2. Alle diejenigen, die wegen ihrer nationalsozialistischen Tätigkeit aus dem öffentlichen Dienst entlassen wurden, werden wieder in ihren Dienst eingestellt.
3. Ermächtigung für die österreichischen Nationalsozialisten, ihre politische Tätigkeit wieder aufzunehmen. Diese politische Tätigkeit sollte umfassen eine vollkommene Gleichheit der Rechte mit den anderen Gruppen innerhalb der Vaterländischen Front. Die bestehenden Gesetze sollten dem Rechnung tragen. Das nationalsozialistische Glaubensbekenntnis sollte niemals wieder Anlass zu neuen Sanktionen geben oder eine infamierende Note tragen.



4. Nationalsozialistische Minister sollten in die Regierung eintreten.

5. Die österreichische Armee sollte der deutschen Armee angeglichen werden.

6. Das Personal und die Organisation des österreichischen Presse-Bundes-Dienstes sollte ausgetauscht werden.

7. Die beiden Wirtschaftssysteme sollten angeglichen und die gegenseitigen Handelsbeziehungen intensiviert werden.

Die ersten Forderungen wurden im Laufe der Besprechungen abgeändert und in gewissen Punkten gemildert. Die Detailverhandlungen wurden geführt einerseits zwischen Hitler und Schuschnigg und andererseits zwischen Schmidt und Ribbentrop. In einem Augenblick, als die Besprechungen sich schwierig gestalteten, bat Hitler den österreichischen Bundeskanzler, ihn allein zu lassen und liess seine Generale rufen. -

Im Laufe der sehr mühseligen Verhandlungen wurden die folgenden Forderungen von deutscher Seite fallen gelassen:

1. Die Abberufung des österreichischen Staatssekretärs für die nationale Verteidigung, des Generals der Infanterie Wilhelm Zehner.

2. Die Ernennung des gegenwärtigen Innenministers Edmund Glaise-Horstenau zum Minister der nationalen Verteidigung.

3. Die Wiedereinsetzung der entlassenen Staatsbeamten in ihre Posten, insbesondere derjenigen, die der Exekutivgewalt angehörten.

4. verschiedene Punkte des Wirtschaftsprogramms. -

Die Verhandlungen wurden über die folgenden Punkte weitergeführt:

1. Allgemeine Amnestie für politische Delikte, die für die Verurteilten eine Straf- oder Verwaltungsanktion nach sich zogen. Die Verweisung von den Schulen sollte annulliert werden.

2. Die österreichischen Nationalsozialisten sollten ermächtigt werden, eine politische Tätigkeit im Rahmen der Vaterländischen Front auszuüben.

Der Staatsrat Dr. Arthur Seyss-Inquart sollte in die Regierung eintreten und mit dem Polizeiministerium betraut werden. Der gegenwärtige Chef des österreichischen Generalstabes, Feldmarschall-Leutnant Jansa, sollte abberufen werden und an seiner Stelle der Brigadegeneral Boehm ernannt werden.

3. Die beiden Armeen sollten vom technischen Standpunkt aus angeglichen werden. Es wurde vereinbart, dass der Austausch von

75  
76  
77  
78  
79



Offizieren auf der Basis von 22 Offizieren für das erste Jahr organisiert würde.

4. Der Ministerialrat in der Kanzlei, Dr. Wilhelm Wolf, sollte beauftragt werden, im Bundes-Presse-Dienst die die Presse des Reiches und die nationale Presse Österreichs interessierenden Fragen zu regeln. Ausserdem sollte der Ministerialrat Wolf einen wichtigen Posten im Bundes-Presse-Dienst erhalten.

5. Der Generaldirektor der Österreichischen Versicherungen, Dr. Fischboeck, sollte in das Handelsministerium berufen werden, auf einen Posten, der ihm erlauben würde, die Angleichung der beiden Wirtschaftssysteme vorzubereiten. -

Diese Bedingungen wurden schriftlich niedergelegt. Für die Österreichische Seite boten sie folgende Vorteile dar:

Die Österreichischen Nationalsozialisten würden sich nach den Gesetzen zu richten haben, die die politische Tätigkeit regeln. Mit gutem Willen konnte man das als einen Verzicht auf illegale Tätigkeit betrachten, obgleich es schwierig war, sich vorzustellen, wie die Nationalsozialisten ermächtigt werden könnten, ihre Tätigkeit im Rahmen der Vaterländischen Front auszuüben. Eine solche Gleichheit von Rechten in der politischen Tätigkeit würde die Identität der nationalsozialistischen Auffassungen mit den Prinzipien der Vaterländischen Front und der Verfassung von 1934 verlangen.

Ich selbst habe niemals den Unterschied verstanden, den es zwischen dem Programm der nationalsozialistischen Partei und der nationalsozialistischen Weltanschauung gab. Das Parteiprogramm hat beinahe nichts Gemeinsames mit den Prinzipien der Vaterländischen Front. Die Weltanschauung insbesondere war nach den Urteilen eminenten katholischer Politiker gleichfalls sehr verschieden. Für eine Zusammenarbeit innerhalb der Vaterländischen Front würde es nötig gewesen sein, von beiden Seiten Beweise eines grossen Versöhnungsgeistes zu liefern, mehr noch eines Wiederversöhnungswunsches. Von beiden Seiten waren diese Vorbedingungen kaum zu verwirklichen, mit Ausnahme einiger isolierter Persönlichkeiten. In einem englischen Journalisten gewährten Interview hatte der Bundeskanzler erklärt: „Wir sind durch einen Abgrund vom Nationalsozialismus getrennt.“ Das war auch die allgemeine Meinung der Anhänger der Vaterländischen Front.

Eine Politik vertrauensvoller Zusammenarbeit zwischen den Nationalsozialisten und den Österreichern würde ausser einem grossen Verständnis einen Austausch des Personals aller Verwaltungen verlangt haben. Die „Soldaten“ des Bürgerkriegs hätten in die Reserve gestellt



werden müssen, um einem neuen Kontingent von Personen ähnlicher Überzeugung Platz zu machen, die aber von einem wirklichen Versöhnungswunsch beseelt sein müssten. Die Annahme dieses Standpunktes sollte unter den gegenwärtigen Umständen und wenn alles auf das Beste getan wurde, zum Dualismus hin führen, zu einem Zwei-Parteien-System und zur vollkommenen Aufgabe des Dollfuß-Programmes.

Übrigens konnte man die Tatsache nicht als einen wirklichen Vorteil betrachten, dass die illegale nationalsozialistische Partei und alle ihre Sektionen aufgelöst werden würden. In dem Abkommen von Berchtesgaden war ausdrücklich vereinbart worden, dass von jetzt ab alle offiziellen Beziehungen oder die von Parteien zwischen Deutschland und Österreich ohne Ausnahme durch den neuen Minister Dr. Seyss wahrgenommen würden. Andererseits war Dr. Seyss die einzige qualifizierte Persönlichkeit, um mit dem Bundeskanzler alle internen Fragen, die die Nationalsozialisten (Paragraph 4 des Abkommens) interessierten, zu regeln. Diese Verfügung sicherte die Einheit der Methoden für alle Fragen, die den nationalsozialistischen Teil der Bevölkerung interessierten.

+

Dieses Abkommen war nach Dr. Schuschnigg und Dr. Schmidt durch Zwang erlangt worden. Alle beiden behaupteten, dass das Abkommen von Berchtesgaden angesichts der Umstände eine wirkliche Erpressung darstellte, der man nachgeben musste, um eine bewaffnete Intervention zu vermeiden.

Hitler hat in Berchtesgaden erklärt, dass er die Absicht gehabt habe, seine Truppen in Österreich am 26. Februar einmarschieren zu lassen. Er hatte sich davon abbringen lassen und er wollte jetzt durch dieses Abkommen einen letzten Versuch zu einer „freundschaftlichen“ Regelung machen. Er bemerkte zu Schuschnigg, dass dies das erste Mal in seinem Leben war, dass er von einer sehr bestimmten Entscheidung abging.

Hitler wollte von Schuschnigg eine sofortige Annahme des ersuchten Abkommens erreichen. Schuschnigg machte geltend, dass nach der Verfassung er die Zustimmung des Bundespräsidenten nötig hätte. Und würde dies nur wegen der Tatsache sein, dass, wenn er seine Demission geben könnte, es nicht von ihm abhängen würde, aus seiner eigenen Autorität eine neue Regierung zu bilden.

Erst nach langen Besprechungen erklärte sich Hitler einverstanden, zwei Tage zu warten. Nach diesen beiden Tagen betrachtete er sich nicht mehr als durch das Abkommen gebunden. Es war leicht zu



erraten, was das bedeutete: es handelte sich offenbar um eine Verwirklichung der Leitidee des Plans von Tava, der zum Ziele hatte, innere Unruhen hervorzurufen, um den Vorwand für eine militärische Intervention zu haben. Man machte dem Dr. Schuschnigg und dem Dr. Schmidt kein Geheimnis von der Eventualität derartiger Ereignisse.

Das Abkommen von Berchtesgaden wurde, das muss im Namen der historischen Wahrheit unsweldeutig ausgesprochen werden, durch Zwang erreicht.

+

In seiner Rede vor dem Bundesrat sagte Schuschnigg vom Tage von Berchtesgaden, dass er ein harter Tag war. Die Entscheidung, vor die sich der verantwortliche Führer der österreichischen Politik gestellt sah, interessierte nicht nur die Orientierung der Innenpolitik seines Vaterlandes, sie zog selbst die Existenz des Landes mit ins Spiel und darüber hinaus, wie es die Geschichte lehrt und lehren wird, die zukünftige Formung Zentraleuropas und die Frage, zu wissen, ob in Zukunft der Kontinent in ideologische Fronten aufgeteilt sein würde, und die Frage, zu wissen, welche Politik, welche Prinzipien und welcher Gebieter Anspruch auf den politischen Vorrang in Europa in den künftigen Monaten und Jahren erheben würde.

Das sogenannte Abkommen von Berchtesgaden erhielt erst zwei Tage später Gesetzeskraft. Der Bundeskanzler verpflichtete sich in der Tat nur für sich selbst. Er erklärte sich bereit, dem Staatsoberhaupt die deutschen Vorschläge in einer solchen Form zu überreichen, dass man mit ihrer Annahme rechnen könnte.

Der Grund, der Dr. Schuschnigg entschied, sich vor den Forderungen von Berchtesgaden zu beugen, war einerseits die Überzeugung, dass die deutsche Garantie in Betracht der Umstände die unentbehrliche Grundlage der österreichischen Unabhängigkeit bilden würden. Und das umso mehr, als die innere Entwicklung und die Ratschläge Italiens auf ein Abkommen hindrängen. Andererseits sah Schuschnigg klar, dass eine Lösung durch Gewalt bestenfalls nur zu einem grossen Kriege führen würde, dessen Schauplatz Österreich sein würde, Hitler selbst stellte Schuschnigg die Frage: „Wollen Sie, dass Österreich ein zweites Spanien wird?“

In Berchtesgaden sprach Hitler sehr klar mit Schuschnigg von der Eventualität und der Gefahr eines europäischen Krieges. Er zeichnete die auswärtige Situation des Reiches und gab ein charakteristisches Porträt der europäischen Staaten.



Hitler hält das britische Empire für einen Koloss auf tönernen Füßen. Im Falle eines europäischen Krieges würden sich die Dominien nicht an die Seite des Empire stellen. In mehreren Teilen dieses Empires hat sich der Unabhängigkeitswille entwickelt, der sich in einer besonderen Weise in dem Augenblick offenbaren würde, wo die Dominien vor die Frage gestellt würden, einen Krieg für eine Sache zu machen, die nicht direkt das britische Empire interessiert und die sie keineswegs persönlich betreffen würden. Er hielt das Auseinanderfallen des britischen Empire für möglich und im Falle eines heftigen kriegerischen Sturmes für wahrscheinlich.

Frankreich wäre nach der Meinung Hitlers ohnmächtig infolge der Störungen und der Spaltungen in seinem Innenleben. Die Rolle, die Frankreich in der europäischen Politik spielt, wäre, wenn nicht beendet, mindestens beträchtlich verringert.

Er wollte mit aller Kraft die Freundschaft Italiens bewahren. Mussolini wäre noch mehr an die deutsche Freundschaft gebunden. In der geschwächten Situation, in der er sich nach dem Abessinienkrieg und der Intervention in Spanien befände, könnte er auf keinen Fall auf die Freundschaft des mächtigen Deutschen Reiches verzichten. Hitler hatte eine ausserordentlich geringe Achtung vor den kriegerischen Fähigkeiten der italienischen Armee. „Da Konfliktsfälle“, sagte er, „würden hunderttausend deutsche Soldaten genügen, um die italienische Armee über den Haufen zu werfen.“

(Ich werde später den Eindruck schildern, den diese Erklärung schliesslich auf den Chef der italienischen Regierung machen sollte.)

Hitler beschloss diese auswärtige politische Revue mit der Bestätigung, dass Deutschland mächtig und dass seine Stellung gesichert wäre. Das Reich wäre in der Lage, überall zu intervenieren, wo deutsche Untertanen belästigt würden.

Die österreichischen Minister waren die Gäste Hitlers zum Frühstück. Die Unterhaltung war höflich. Hitler erzählte, dass er beinahe einen Tunnel in Hamburg hätte bauen lassen. Er werde indessen durch eine Brücke ersetzt werden, deren Kosten viel höher seien. Er hätte sich entschlossen, eine Brücke bauen zu lassen, damit Deutschland eine längere Brücke als die Amerikaner besäße, die gegenwärtig die längste Brücke der Welt hätten. Er würde ebenso in Hamburg eine grosse Anzahl von Wolkenkratzern bauen lassen, damit die Amerikaner, wenn sie in Europa ankämen, feststellen, dass die Deutschen das gleiche wie sie tun können.



Hitler ist überzeugt, dass er dem deutschen Volk durch die Vorsehung gesandt wurde. Das resultierte klar aus seinen Worten:

„Ich bin den schwierigsten Weg gegangen,“ erklärte er, „den ein Deutscher jemals gegangen ist.“

Nach ihm ist das deutsche Volk das arbeitsamste und stärkste der Welt.

Die Unterhaltung hatte, nach den Worten des Dr. Schmidt, ein Gepräge der Höflichkeit gegen die Gäste. Hitler erzählte, dass man bald ein Kriegsschiff vom Stapel laufen lassen würde, das den Namen des österreichischen Admirals Tegetthoff tragen würde (sein Name ist eingeschrieben auf den Ruhmeseiten der österreichischen Armee, weil er 1866 bei Lissa im Adriatischen Meer der italienischen Flotte eine vollkommene Niederlage beibrachte). Zu diesem Stapellauf hatte Hitler die Absicht, den Admiral Horthy ebenso wie den Kanzler Schuschnigg einzuladen. Er sprach davon und gab Einzelheiten über die Festlichkeiten, die bei dieser Gelegenheit organisiert würden.

Es ist Tatsache, dass Hitler im Laufe der Unterhaltungen von Berchtesgaden die Möglichkeit einer Volksabstimmung ins Auge fasste. Aber in seinem Geiste hatte diese Volksabstimmung in einer Wahl zwischen Schuschnigg und Hitler bestehen sollen. Man kann sich nach allem fragen, ob das Reich eine Niederlage des Staatsoberhaupts und der Nationalsozialismus diejenige seines Führers ertragen hätte? Welches Mittel hätten das Reich und der Nationalsozialismus wohl angewandt, um das geringste Risiko einer solchen Niederlage unmöglich zu machen?

#### Schuschnigg bereitet die Volksabstimmung vor.

Kanzler Schuschnigg kehrte von Berchtesgaden zurück, wo er Adolf Hitler getroffen hatte. Während eines ganzen langen furchtbaren Tages hatte er die Unabhängigkeit Österreichs gegen die Drohungen mit der deutschen Gewalt verteidigt, gegen den Willen des Führers, die Deutschen Österreichs in den Schoß des Dritten Reiches zurückkehren zu lassen. Endlich hatte er ein Abkommen annehmen müssen, das augenscheinlich aus Österreich einen Trabanten Deutschlands machte. Schliesslich jedoch würde alles von dem Geist abhängen, in dem dieser Plan durch Deutschland in Anwendung gebracht würde.

Kanzler Schuschnigg konnte offenbar die Annahme nur in seinem eigenen Namen vornehmen. Immerhin hatte er sich bereit erklärt, dem Staatsoberhaupts die deutschen Vorschläge in einer solchen Form vorzulegen, dass man mit ihrer Annahme rechnen könnte.



Die Unterhaltung mit dem Bundespräsidenten gestaltete sich sehr schwierig. Präsident Miklas weigerte sich, seine Zustimmung zum Abkommen zu geben. Er behauptete, dass das Ultimatum die Würde Österreichs als souveräner Staat verletzte. Nach langen Diskussionen mit Schuschnigg und Schmidt änderte er seine Meinung. Er schlug vor, das Ultimatum anzunehmen, aber zu gleicher Zeit der Weltmeinung bekant zu geben, dass die österreichische Regierung das Abkommen von Berchtesgaden nur unter der Drohung einer bewaffneten Intervention annehme. Es wäre schwierig gewesen, diesen Vorschlag in die Praxis umzusetzen, weil er gewisse Nachteile bot. Die Umstände zu veröffentlichen, unter denen sich die Verhandlungen von Berchtesgaden abspielten, wäre das beste Mittel gewesen, um den Zorn Hitlers zu reizen.

Schliesslich wurde die Annahme des Ultimatus von Berchtesgaden mit der formellen Zustimmung des Bundespräsidenten und der Führer der korporativen Gruppen erreicht.

Wir erwarteten die Reichtagsrede mit grosser Ungeduld. Zum ersten Mal wurde eine Rede Hitlers vollständig vom österreichischen Rundfunk verbreitet. Dem Publikum war gleichfalls erlaubt worden, sich zu Hörergruppen zusammenschliessen. Nach der Rede bildeten die Hörer Demonstrationzüge. In vielen Fällen schrien sie „Heil Hitler!“ „Heil Schuschnigg!“ Im allgemeinen waren die Anhänger der Vaterländischen Front nach dieser Rede noch mutloser, während die Nationalsozialisten, die in den ersten Tagen sehr aus der Fassung gekommen waren, neuen Mut schöpften.

In seiner Reichtags-Rede verschloss Hitler keiner Möglichkeit das Tor. Aber die wichtigste Stelle seiner Rede war diejenige, wo er von zehn Millionen Deutschen sprach, die jenseits der Grenzen des Reiches wohnten und wegen ihrer Treue zum Deutschland die schlimmsten Verfolgungen zu erdulden hätten.

Diese Stelle zielte zweifellos auf Österreich ab, trotz dem ersetzten Abkommen. Aber sie zielte auch auf die Tschecho-Slowakei, auf Polen, Ungarn, Dänemark, Belgien, Rumänien und auch auf Italien.

Diese zehn Millionen Deutschen, die jenseits der Grenzen des Reiches lebten, waren ein ganzes Programm der Reorganisation Mitteleuropas im Geist des Führers. Diese Stelle deutete darauf hin, dass Österreich nur ein Anfang war, ein Glied in der langen Kette, denn das Reich würde sich dieses Losungswortes der Befreiung der Deutschen, die in fremden Staaten lebten, bedienen, um ein aussenpolitisches Programm zu verwirklichen, das auf eine Umbildung Europas abzielen würde.



Diese Rede entmutigte unsere Anhänger. Sie wussten, dass Frankreich sich in einem Zustand der Krise befand und sie wunderten sich über das Schweigen Italiens. Sie wussten, dass Österreich nicht die Mittel hatte, einem Angriff Deutschlands zu widerstehen. Wie sollte sich die Situation entwickeln? Die österreichische Regierung schwieg.

Der Bundeskanzler zögerte, schnell die Maßnahmen auszuführen, die in Berchtesgaden festgesetzt worden waren.

Nach meiner Meinung hätte man sofort und unmittelbar nach Berchtesgaden an die Neuverteilung der Kräfte gehen müssen. Es hätte absolut keine Wichtigkeit gehabt, den Nationalsozialisten sofort einen gewissen Anteil von Plätzen in den Provinzen und Gemeinden einzuräumen. Es hätte die Situation geklärt und sie deutlich für jedermann gemacht.

Die Kabinettsumbildung wurde aufgeschoben. Es verging zuviel Zeit zwischen der Rede des Bundeskanzlers in der Bundesversammlung und derjenigen Hitlers im Reichstag und noch mehr zwischen der Rede Schuschniggs und der Reise nach Berchtesgaden.

Der Bundeskanzler mag gute Gründe gehabt haben, um solche Maßnahmen wie die Kabinettsumbildung und Klarlegung der inneren Situation und seine Rede in der Bundesversammlung aufzuschieben. Ich gebe gern zu, dass diese Gründe in dem Druck auswärtiger Mächte beruhten, die es für notwendig hielten, in der österreichischen Frage Zeit zu gewinnen, um in der Zwischenzeit gewisse Aktionen durchzuführen, die geplant waren.

Hitler hatte eine Woche nach der Zusammenkunft von Berchtesgaden gesprochen. Während dieser Woche hatte sich die österreichische Regierung im Innern untätig gezeigt. Ihre Aktivität nach aussen blieb geheim und es war ihr, wie die Folgezeit beweisen sollte, kein Erfolg beschieden. Schuschnigg zögerte, ein Wort zu sagen oder eine Maßnahme vor der Rede des Reichskanzlers zu treffen. Er scheint geglaubt zu haben, dass die Rede des Reichskanzlers, die „herzlich“ in Bezug auf Österreich sein sollte, eine günstigere Situation für die Innenpolitik schaffen würde. Während dieser Tage versuchte der tschechische Ministerpräsident, Dr. Milan Hodža, der sich schon mehrere Male mit Schuschnigg getroffen hatte, in Beziehung mit ihm zu treten. Dr. Hodža wollte nach Pressburg gehen und wünschte eine geheime Unterredung mit dem Bundeskanzler in der Umgebung von Wien. Schuschnigg lehnte dieses Angebot ab, denn er wollte nicht in den Verdacht geraten, mit den Tschechen Zusammenkünfte zu haben, die als gegen das Abkommen von Berchtesgaden gerichtet ausgelegt werden könnten.



Der Kanzler wartete noch mehrere Tage, ehe er sich an die öffentliche Meinung wandte. Auf meine häufigen Vorstellungen erwiderte der Kanzler, dass er ernste Gründe habe, um seine Rede aufzuschieben. Andererseits beruhigte die Kabinettsumbildung nicht gerade unsere Anhänger. Die Ernennung des Dr. Seyss-Inquart zum Sicherheitsminister war in den Augen aller die wesentliche Charakteristik dieser Umbildung. Niemand, oder fast niemand, schenkte der Tatsache Aufmerksamkeit, dass das neue Kabinett gleichfalls eine Stärkung der Tendenz der Vaterländischen Front in sich schloss. Es waren immerhin symptomatische Ernennungen vorgenommen worden. Ein ehemaliger Verbandsfunktionär, vor kurzem noch Sozialdemokrat, war zum Staatssekretär ernannt und mit der Verteidigung der Interessen der Angestellten beauftragt worden. Hans Rott, bis jetzt Staatssekretär, der seit einem Jahr sich die Sympathien und das Vertrauen der Arbeiter zu gewinnen gewusst hat, wurde Minister. Der Präsident der Vereinigung der Handwerker, Raab, trat in das Handelsministerium ein, in das Justizministerium wurde der berühmte Professor Adamowitsch nominiert, die Industriellen delegierten einen der ihren in das Handelsministerium in der Eigenschaft eines Staatssekretärs. Dr. Guido Schmidt, der bis dahin Staatssekretär war, wurde zum Aussenminister ernannt. Ich selbst wurde zum Minister und Stellvertreter des Kanzlers in seiner Eigenschaft als Führer der Patriotischen Front ernannt. Es gab keinen Wechsel auf den Posten des Vizekanzlers und der Ministerien für soziale Angelegenheiten, des Unterrichts, der Finanzen und Landwirtschaft.

Der Kanzler begann zwei Tage vor dem Zusammentreten der Bundesversammlung, an seiner Rede zu arbeiten. Er beendete sie am Tage der Sitzung und liess den Minister des Auswärtigen, Dr. Schmidt, den Bürgermeister von Wien und mich rufen, um uns daraus die hauptsächlichsten Stellen versulesen. Er sagte mir, er habe den Eindruck, dass er soeben die schlechteste Rede seiner Karriere verfasst habe. Nun, die Rede, die er vor der Bundesversammlung hielt, war bei weitem die beste, die er jemals gehalten hat.

Ich begab mich in Gesellschaft des Kanzlers ins Parlament. Bei seinem Eintreten in den Sitzungssaal wurde Schuschnigg mit einer Begeisterung begrüsst wie niemals vorher. Unter den Diplomaten befand sich ausser Herrn von Papen der ehemalige Gesandte Italiens in Wien, der Senator Francesco Salata, der kurz vorher abberufen worden war.

Während seiner Rede wurde Schuschnigg jeden Augenblick durch Ausbrüche der Begeisterung unterbrochen. Er schuf den Ausdruck vom „deutschen Frieden“, der nun ewig dauern sollte. Er sagte auch,



dass vier harte Jahre mit einem harten Tag in Berchtesgaden abgeschlossen wurden. Er rief diese vier Jahre wach und rief seinen grossen Vorgänger Engelbert Dollfuss ins Gedächtnis zurück, dessen Büste vor der Tribüne aufgestellt worden war. Indem er sich auf dieses Gedächtnis bezog, entwickelte er seinen Gedanken: „Bis hierher, aber nicht weiter“. Er wollte damit sagen, dass die in Berchtesgaden gemachten Konzessionen die letzten sein sollten. Er erinnerte an die wirtschaftlichen Erfolge seiner Regierung, legte seine Pläne für die nahe Zukunft dar und schloss, dass Österreich Frieden und Arbeit allen denen garantiere, die sich mit ihm an die Arbeit machen wollen. Er präsidierte schliesslich, dass er eine Verletzung des Programmes Dollfuss, eines freien, unabhängigen, christlichen und deutschen Österreich mit einer autoritären Regierung auf korporativer Basis nicht dulden werde. Er schloss mit dem Ausruf: „Rot-weiss-rot bis zum Tod!“

Nach der Rede drängten sich alle Mitglieder der Regierung um den Bundeskanzler, um ihn zu beglückwünschen. Unter ihnen war, wie ich mich erinnere, auch der Minister Glaise-Horstensau.

In den Strassen wurden die Ovationen zu Ehren des Kanzlers unaufhörlich fortgesetzt. Am Ausgang des Parlaments wurde er mit ausserordentlichem Beifall empfangen. Durch die begeisterte Menge begaben wir uns zu Fuß zum Heldendenkmal. Während des ganzen Weges drängten sich die Menschen, um dem Kanzler die Hand zu drücken, das Wort an ihn zu richten, um ihn zu ermutigen, um zu versuchen, ihn zu berühren. In manchen Augenblicken war der Druck der Menge so stark, dass es für uns schwierig war, vorwärts zu kommen.

Die Rede Schuschniggs hatte einen beträchtlichen Widerhall. Die öffentliche Meinung, dass er vorher zögernd und ängstlich war, wurde mit einem Schlage vertrauensvoll und entschlossen. Dieses Resultat war nicht auf Wien begrenzt, denn die gleichen Beobachtungen wurden in den Provinzen gemacht. Von überall trafen Telegramme und begeisterte Briefe ein, aus denen hervorging, dass die öffentliche Meinung umgewandelt war und dass die patriotische Bevölkerung bereit war, den neuen Staat zu verteidigen, der der Preis so vieler Opfer war.

Unglücklicherweise wurde der unbestreitbare Erfolg der Rede Schuschniggs nicht ausgenutzt. Von neuem verlor man Tag um Tag mit Nichtstun oder damit, sich mit Lappalien zu beschäftigen, wie mit der Form des Grusses und dem Verbot von Kundgebungen. Das Schicksal Österreichs wäre wahrscheinlich anders gewesen, wenn der Kanzler die Volksabstimmung sofort nach seiner Rede vor der Bundesversammlung angekündigt hätte. Währenddessen zerbrach diese neue Welle des Öster-



reichischen Unabhängigkeitswillens an kleinlichen Streitereien.

Schuschnigg hatte einen besonderen Grund, der ihn bestimmte, zu warten. Er erhoffte eine Hilfe vom Ausland. Er hoffte auf die Loyalität seiner Verbündeten. Er glaubte, dass es in unserer Zeit zum Regieren genüge, hinter sich die ungeheure Mehrheit des Volkes zu haben. Das war sein Irrtum. Es sind nicht die Meinung und der Wille des Volkes, die entscheiden, sondern die Kraft und die Art, sich ihrer zu bedienen.

#### Die Volksabstimmung.

Seit 1934 war die Frage einer Volksabstimmung der Gegenstand häufiger Diskussionen. Es waren die Nationalsozialisten, die am häufigsten eine Volksbefragung gefordert hatten. Der Kanzler Schuschnigg hatte ebenso wie sein Vorgänger Dr. Dollfuß den Gedanken einer Volksbefragung zu dem seinen gemacht. Schuschnigg war oft auf die Idee zurückgekommen. Ich erinnere mich, insbesondere im Juli 1936, im Frühjahr 1937 und noch einmal in diesem gleichen Jahre bei Gelegenheit der Aufstellung eines grossen Arbeitsprogramms mit ihm darüber gesprochen zu haben.

Es gab bis zum letzten Augenblick keinen Zweifel, dass die Vaterländische Front im Land über eine gewisse Mehrheit verfügte. Die Nationalsozialisten selbst waren gezwungen, zuzugeben, dass sie nur eine Minderheit im Staate darstellten. Aber im Falle einer Volksbefragung konnte diese Minderheit auf die unglaubliche Macht der Propaganda des Dritten Reiches zählen. Die Unterstützung der deutschen Partei in Österreich mit allen Propagandamitteln des Reiches würde also die Gefahr mit sich bringen, trotz des Verhältnisses der Wahlstimmen zu einem ungleichen Kampf zu führen.

Man muss nicht vergessen, dass die einzige Stütze der technischen Propagandamittel eine aussergewöhnliche Überzeugungskraft gewesen wäre, ausserhalb jedes anderen Argumentes. Hitler hat einmal gesagt:

Ohne Autos, Flugsonge und Lautsprecher hätten wir niemals Deutschland erobert.

Wir kannten aus Erfahrung die aussergewöhnlichen finanziellen Mittel, über die die deutsche Propaganda verfügte. Es ist nicht schwierig, in einem Wahlfeldzug dank solcher Mittel seine Anhänger zu ~~entfassen~~ entfassen und den Gegner zu erschüttern. Diese beiden Gründe, die Notwendigkeit, dem österreichischen Volk eine neue und tiefe Agitation zu ersparen, und die Notwendigkeit, sich nicht in einen ungleichen Kampf hineinschieben zu lassen, waren der Anlass, dass



die österreichischen Projekte einer Volksabstimmung nicht zur Durchführung gebracht worden waren. Die Nationalsozialisten kannten sehr wohl diese Gründe und sie profitierten davon, um im Auslande die Meinung zu verbreiten, dass die Mehrheit des österreichischen Volkes Nationalsozialisten wären. Und als Beweis dieser Behauptung führten sie die aufschubbewirkende Haltung der österreichischen Regierung hinsichtlich einer Volksabstimmung an.

Während einer Versammlung der Führer der Vaterländischen Front, die dem Zusammentreffen von Berchtesgaden folgten, hatten mehrere von ihnen dem Kanzler den Gedanken einer Volksbefragung vorgeschlagen. Mehrere dieser Führer waren der Ansicht, dass nur eine solche Befragung dem Verlust von Anhängern ein Ende setzen könnte, den wir erlitten und den wir noch zu fürchten hatten. Der Kanzler nahm zuerst eine abwartende Haltung ein. Er versprach, die Frage zu studieren. Ich empfing von ihm den Auftrag, mich zu vergewissern, ob die Bedingungen für eine Volksabstimmung günstig seien und dann präzise Vorschläge zu machen. Er beauftragte ausserdem einige Personen, die eine grosse politische Erfahrung hatten, alle Vorbereitungen fix und fertig zu machen, damit es evtl. möglich wäre, schnell zu einer Volksabstimmung zu schreiten.

Zwei Tage später versammelten sich die so bestimmten Personen an einem neutralen Ort, um dort einen Meinungsaustausch über die Frage vorzunehmen. Es war natürlich vereinbart worden, dass die absoluteste Diskretion über diese Arbeiten bewahrt werden müsse. Drei dieser Personen, die einen hohen Rang in der Hierarchie einnahmen, sprachen sich zugunsten einer Volksabstimmung aus.

Sie erklärten, dass das Resultat einer solchen Befragung ein grosser und unweifelbarer Erfolg für die Regierung sein würde. Ausserdem zählten sie auf eine bedeutende Stärkung der auswärtigen Situation Österreichs. Endlich war es hinsichtlich der neuen durch das Berchtesgadener Abkommen geschaffenen Situation unerlässlich, unseren Anhängern die Überzeugung ihrer eigenen Stärke zu geben.

Was mich anbetrifft, wiederholte ich die Argumente, die ich vorher dem Kanzler gegeben hatte und die mir so zu sein schienen, dass man eine Volksabstimmung abwenden sollte. Ich lenkte insbesondere die Aufmerksamkeit auf den Punkt, dass die nationalsozialistischen Führer eine derartige Frage, ob man wolle oder nicht, als Herausforderung betrachten würden. Die auswärtigen Angelegenheiten erlaubten uns nicht, auf irgendeine Unterstützung zu hoffen, wenn wir angegriffen würden und Hitler hatte klar in Berchtesgaden gesagt, dass er bereit sei, den Willen der Österreicher mit allen Mitteln zu beugen.



Ich entwickelte von neuem meinen Standpunkt. Man musste in Ausführung des Abkommens von Berchtesgaden den Nationalsozialisten einen gewissen Anteil an den Posten geben und andererseits viel stärker als bisher unsere eigenen Anhänger in den neuen Formationen der Vaterländischen Front wieder in die Hand bekommen. Ich hoffte, dass der Kanzler auf eine Volksabstimmung verzichten würde, Ich bildete mir ein, dass meine Argumente ihn überzeugt hatten. So war ich sehr erstaunt, aus seinem Munde nach einigen Tagen zu erfahren, dass er sich entschlossen hätte, zu einer Volksbefragung zu schreiten.

Während unseres ersten Meinungsaustausches hatten wir ins Auge gefasst, dass eine Mindestfrist von acht bis zehn Tagen unerlässlich wäre, um eine korrekte Durchführung der Volksabstimmung zu gewährleisten. Aber der Kanzler wollte noch schneller gehen, um dem Gegner nicht die Zeit zur Parade zu lassen. Er bestimmte, dass die vorbereiteten Arbeiten drei Tage nicht überschreiten dürften. In drei Tagen sollten die technischen Vorbereitungen, die Ankündigung der Volksabstimmung und die Propaganda erlauben, sich ein getreues Bild der Meinung des österreichischen Volkes zu machen. Vom taktischen Standpunkt aus gesehen war die Festsetzung einer so kurzen Frist vollumfänglich gerechtfertigt. In drei Tagen hatte der wunderbare nationalsozialistische Propaganda-Apparat nicht die Zeit, einen entscheidenden Schlag zu tun.

Der Kanzler liess mich am Sonntag, 6. März seine Absicht wissen, den 15. März als Datum der Volksbefragung festzusetzen. Er beauftragte mich, meine Vorbereitungen danach zu treffen, ohne mich zu ermächtigen, irgend jemandem von dem Bescheid zu sagen, was sich ereignen würde. Der Erfolg der Sache hing zum grössten Teil von einer absoluten Diskretion ab.

Am folgenden Tage wurden die Provinzfürher in Wien zu einer eiligen Versammlung einberufen. Der Kanzler unterrichtete ~~die~~ sie über seine Pläne und bat sie um ihre Meinung. Wenn meine Erinnerungen exakt sind, billigten alle ohne Ausnahme das in Frage stehende Projekt.

Die Regierungen der befreundeten Staaten wurden gleichfalls vertraulich unterrichtet.

Am Mittwoch, 9. März, reiste Schuschnigg nach Innsbruck, um den Funktionären der Vaterländischen Front seinen Entschluss mitzuteilen, eine Volksabstimmung vorzunehmen. Er glaubte, dass er in seiner Eigenschaft als Tiroler - er hatte viele Jahre in Innsbruck gekämpft - den Tonfall finden würde, der geeignet wäre, um eine so wichtige Rede zu halten. Der Kanzler kehrte so an die Wiege seiner



politischen Karriere zurück, um dort den für sein Leben entscheidenden Akt zu vollführen.

Am Dienstag abend berief der Kanzler den Sicherheitsminister, Dr. Seyss-Inquart, in das Haus der Vaterländischen Front. Unter vier Augen machte er ihm Mitteilung von seinem Plan, ohne ihm indessen das Datum der Volksabstimmung zu nennen, das er sich vorbehielt, am folgenden Tage zu veröffentlichen. Nach dieser Unterhaltung suchte Dr. Seyss-Inquart mich auf, um zu versuchen, mehr darüber zu erfahren. Ich konnte ihm weiter nichts sagen, ausser dass ich beauftragt werden war, die Vorbereitungen der Abstimmung durchzuführen. Bei dieser Gelegenheit erklärte mir Dr. Seyss, überzeugt zu sein, dass die Vaterländische Front eine klare Mehrheit erhalten würde. Vor seiner Abreise nach Innsbruck beauftragte mich Dr. Chuschnigg, am folgenden Tage dem Dr. Seyss das Datum der Volksabstimmung bekannt zu geben.

Die Rede in Innsbruck wurde natürlich vom österreichischen Rundfunk verbreitet. Im Studio der Ravag hatte sich eine kleine Gruppe von Freunden versammelt, um die Übertragung zu hören und nötigenfalls sofort nach der ersten Sendung einige Erklärungen zu geben. In der Stadt hatten sich Gruppen von Kundgebern gebildet wie an den vorhergehenden Tagen, die in den Strassen umhertrogen und die verschiedensten Rufe ausstießen.

Die Polizei griff nur zögernd ein und provozierte durch ihr Verhalten neue Unruhen. Die der Regierung feindlichen Manifestanten wurden durch die zögernde Haltung der Polizei ermutigt, ihr Geschrei zu erhöhen, während die der Regierung befreundeten Kundgeber den Eindruck hatten, dass die Polizei sie nicht vollständig unterstützen und infolgedessen eine feindselige Haltung ihr gegenüber einnehmen. So sah man jede Nacht sich Kundgebungen mit viel Geräusch und Drohungen abspielen, ohne dass diese indessen zu ernstlichen Zwischenfällen ausarteten. In den Strassen konnte man häufig Gruppen beobachten, die sich gegenüberstanden, kriegerische Worte wechselten, ohne dass ein einziger Manifestant die Idee gehabt hätte, auf seinen Gegner loszugehen.

Die Rede des Kanzlers machte einen starken Eindruck. Während er ausrief: „Nächsten Sonntag wird man abstimmen!“ brach ein unbeschreiblicher Jubel aus und erreichte seinen Höhepunkt, als das Andreas Hofer-Lied erklang, das alte Tiroler Freiheitlied.

Am Morgen des 9. März hatte ich dem Sicherheitsminister Dr. Seyss-Inquart gemäss den mir gegebenen Instruktionen mitgeteilt, dass die Volksabstimmung am nächsten Sonntag stattfinden würde. Er



frag mich, was ich über das Ergebnis denke. Ich teilte ihm den Eindruck mit, den ich als Folge zahlreicher Erfahrungen, die ich in ganz Österreich machte, hatte, dass nach meiner Meinung, wenn die Wahlen frei und ohne jeden Druck vorstatten gingen, 68 bis 75 % der Wähler sich zugunsten des Bundeskanzlers aussprechen würden.

Dr. Seyss erklärte mir, dass diese Voraussage ihm begründet erschiene.

Am Mittwoch abend waren die Vorbereitungen praktisch beendet. Ein detaillierter Stundenplan war für jede Stunde festgesetzt, die uns von der Nacht des Sonntags, 13., zum Montag, den 14. März trennte. Wenn man bedenkt, dass in den Alpengebieten es Gemeinden gibt, die mehrere Stunden vom Bahnhof entfernt sind, dass es Bahnhöfe gibt, die man von Wien aus nur in zehn Stunden und noch mehr erreichen kann, kann man sich eine genaue Idee von den Anstrengungen der Organisation machen, die so durchgeführt wurde. Das aufgestellte Programm wurde buchstäblich ausgeführt. Eine Gebirgsgemeinde in Tirol ging am 13. März zur Volksabstimmung. Das Resultat ergab 95% der Stimmen für Schuschnigg. Die Bevölkerung hatte keine Kenntnis von den tragischen Ereignissen, die sich in der Zwischenzeit abgespielt hatten. In Wien machten wir uns sofort mit allen Mitteln an die Arbeit, über die wir verfügten. Die Volksstimmung war ausserordentlich bewegt, aber unter uns Anhängern herrschte Siegesgewissheit.

Wir erwarteten das Resultat mit grösster Gespanntheit, bewegt aber voll des grössten Vertrauens. Es war wahrscheinlich sicher, dass in gewissen Gemeinden, s.B. in der Steiermark, die Nationalsozialisten die Mehrheit erhalten würden. Aber das konnte das Endresultat, das wir erwarteten, nicht berühren.

Am Donnerstag, 10. März, hatte der Bundeskanzler eine lange Unterhaltung mit Dr. Seyss-Inquart, dem Sicherheitsminister, in deren Verlauf dieser letztere die Schwierigkeiten darlegte, die er hatte, um sich bei den Anhängern des Nationalsozialismus durchzusetzen. Der Bundeskanzler gab ihm alle Versicherungen, um ihn zu überzeugen, dass er nicht die Absicht habe, von seinen ihm nach der Konferenz von Berchtesgaden gemachten Versprechungen abzugehen, im Falle dass die Abstimmung für ihn günstig ausfallen sollte. Dr. Seyss-Inquart liess sich überzeugen und erklärte sich schliesslich bereit, Freitag abend im Rundfunk zu sprechen, um die österreichischen Nationalsozialisten anzusprechen, für die Regierung zu stimmen. Er glaubte, dass eine solche Rede nicht genügen würde, alle Nationalsozialisten zu überzeugen, eine der Regierung günstige Stimme abzugeben. Aber sie würde als



Resultat haben, zu vermeiden, dass die Wahlen durch Kundgebungen gestört würden.

Die Tatsache, dass Dr. Seys-Inquart dem Kanzler erklärt hatte, dass er geneigt sei, zugunsten der Volksabstimmung im Rundfunk am Freitag, 11. März, zu sprechen, wurde mir durch den Kanzler selbst und durch den Minister der auswärtigen Angelegenheiten Dr. Guido Schmidt, bestätigt, dem der Kanzler davon Mitteilung gemacht hatte.

Auf der Seite der Nationalsozialisten hatte die Nachricht von einer so blitzschnellen Volksabstimmung einen aussergewöhnlich starken Eindruck gemacht. Die Extremistengruppen waren der Ansicht, dass man zum Aufstand Zuflucht nehmen und die deutsche Intervention fordern müsse. Die Gemäßigten fürchteten das Ergebnis der Abstimmung, das ihren Anhängern eine genaue Idee der Kräfte der Partei geben würde.

Sie erwogen, dass sie nicht eine der Regierung günstige Stimme abgeben könnten, ohne ihre Überzeugung zu verraten. Man hatte den Anhängern zuviel Versprechungen gemacht, man hatte ihnen in einer selbstverständlichen Art zu verstehen gegeben, dass der Führer dem einen und anderen, die ihn in den letzten Tagen besucht hatten, vertraulich erklärte, dass er seinen österreichischen Kameraden die Freiheit in der einen oder anderen Art bringen würde. Man hatte sie zu sehr an den Gedanken gewöhnt, dass das ganze Land nationalsozialistisch sei und dass die Anhänger der Vaterländischen Front nur eine Handvoll Südländer seien, von einigen Ortsbewohnern und Funktionären, die nur an ihren eigenen Wohlstand dachten. So wurde diese Volksabstimmung, die eine ganz andersartige Situation auf jeden Fall entschleiern würde, sehr unheilverkündend von den Nationalsozialisten angesehen.

#### Dienstag 10. März.

Der Kanzler kehrte sehr früh an diesem Morgen von Innsbruck kommend nach Wien zurück. Am Morgen hatte ich in Gegenwart des Staatsrates Dr. Jury eine lange Unterhaltung mit dem Minister Seys-Inquart. Dr. Jury teilte mir mit der grössten Erregung mit, dass er informiert worden wäre, dass die Druckerei des „Vorwärts“ den Auftrag erhalten hätte, zwei Millionen Flugblätter mit dem Wort „Freiheit“ und den drei Pfeilen herzustellen, die den Sozialisten als Zeichen dienen. Ihm zufolge waren die Flugblätter schon im Druck.



Ich wusste, dass es sich um Flugblätter der Vaterländischen Front handelte, auf denen ein ganz anderer Text stand und ich sagte dem Dr. Seyss, dass er in seiner Eigenschaft als Sicherheitsminister den Text der gesetzten Flugblätter in der Druckerei kontrollieren lassen sollte. Es ging aus dieser Untersuchung selbstverständlich hervor, dass ich Recht gehabt hatte. Dr. Jury erklärte ausserdem, dass die für die Volksabstimmung festgesetzten Bedingungen die Nationalsozialisten in eine ungewöhnliche Situation brächten. Sie hätten den Eindruck, dass diese Volksabstimmung gegen sie gerichtet sei. Ich erwiderte, dass diese Volksabstimmung nicht gegen die Nationalsozialisten gerichtet sei, sondern ein neues Vertrauensvotum für die Vaterländische Front sein sollte, in deren Reihen seit Berchtesgaden die österreichischen Nationalsozialisten ebenfalls mitarbeiten sollten.

Ich sagte den Herren meine Überzeugung, dass man ein Mittel finden würde, das allen Nationalsozialisten, die zu einer loyalen Mitarbeit gewillt seien, erlauben würde, an der Volksabstimmung teilzunehmen. Dr. Jury blieb skeptisch. Indem er auf das starke Verhältnis der Arbeiter bei unseren Kundgebungen anspielte, erklärte er, bei gewissen Unzügelten Arbeiter mit roten Fahnen gesehen zu haben, die mit geballter Faust grüsten. Ich konnte die Wahrheit dieser Tatsache nicht leugnen, aber versicherte, dass es sich dabei nur um vereinzelt Fälle handeln konnte. Übrigens seien die Arbeiter durch nationalsozialistische Kundgebungen aufgeregt, deren Teilnehmer zu 90 % bartlose Burschen seien. Man hätte also nicht das Recht, sich wegen einer Sache zu beunruhigen, die hervorsurufen man selbst beigetragen habe. Dr. Jury erklärte, gleichfalls erfahren zu haben, dass an die Wiener Arbeiter Waffen verteilt worden seien. Was mich betrifft, ich hatte davon nicht sprechen gehört. Aber ich schlug von neuem dem Sicherheitsminister vor, kontrollieren zu lassen, ob das Gerücht begründet sei. Ich informierte mich später bei den geeigneten Persönlichkeiten über die Wahrhaftigkeit dieser Nachricht und erfuhr, dass es sich um eine reine Erfindung handelte. Ich glaubte, die Herren beruhigt zu haben und drückte die Hoffnung aus, dass die zwischen dem Kanzler und Dr. Seyss vorgesehene Unterhaltung die Gelegenheit ergeben würde, alle diese Missverständnisse zu zerstreuen und zu einem Übereinkommen zu gelangen.

Ich habe Grund zu der Annahme, dass die gleichen Gerüchte und „Nachrichten“, zu deren Echo sich Dr. Jury bei mir gemacht hatte, auch in Deutschland lanciert worden waren. Sie wurden wahrscheinlich



dem Reichskanzler in einer viel dramatischeren Form dargestellt, als mir, von dem man, da ich mich am Platze befand, nicht hoffen konnte, solche Fabeln wahrscheinlich zu machen. Das Ziel dieser Nachrichten war klar. Die illegalen Parteiführer wollten den Zorn Hitler provozieren, um ihn zu zwingen, schnell zu handeln. Sie hatten Erfolg. Hitler reiste nach Berlin und berief dort einen Kriegsrat zusammen.

Von diesem ersten Tage nach der Bekanntgabe der Volksabstimmung ab empfing die Vaterländische Front Geschenke in beträchtlichen Mengen. Der Kanzler hatte eine Vertrauensperson der Organisation mit der Sammlung und mit der Führung aller mit der Volksabstimmung zusammenhängender Finanzoperationen beauftragt. Sein Büro glich einem Bienenkorb. Ohne Unterbrechung stellten sich Leute ein, die Geschenke brachten, deren Wert zwischen Hunderttausenden und einem Schilling schwankte, die uns von Hausfrauen und Arbeitslosen gebracht wurden.

Es liegt mir daran, insbesondere genau darzulegen, dass es sich nicht nur um Vertreter des Handels und der Industrie handelte und dass sich unter diesen auch Juden befanden, die uns helfen wollten. Die Gebenden gehörten in Wirklichkeit allen Klassen der Bevölkerung an.

Gegen Mittag empfing ich einen Brief des Dr. Seyss, der sich auf unsere Unterhaltung vom Vorabend bezog und vom Mittwoch datiert war.

In diesem langen und herzlichen Brief bestritt Dr. Seyss die Legalität und die juristische Begründung der Volksabstimmung und stellte gewisse Bedingungen für die Annahme durch die Nationalsozialisten.

Ich zweifelte nicht, dass Dr. Seyss diesen Brief geschrieben hatte, nachdem er lange die Meinung seiner Freunde gehört hatte und dass er seinen eigenen Standpunkt und den seiner Umgebung ausdrückte. Ich beeilte mich, dem Kanzler den Text des Briefes mitzuteilen. Dr. Schuschnigg liess mich wissen, dass er gleichfalls einen vom 10. datierten Brief des Dr. Seyss erhalten hätte, in dem der Minister den Inhalt des Briefes, den er an mich gerichtet hatte, aufnehmend, mit noch mehr Nachdruck die Argumente der nationalsozialistischen Mitglieder der Regierung darlegte.



Die letzten Tage ÖsterreichsII. Möge Gott Österreich beschützen

Seit mehreren Tagen war die Situation immer gespannter geworden. Kaum hatte Kanzler Schuschnigg seine Dispositionen für die Volksabstimmung zusammengestellt, als ihm Dr. Seyss-Inquart brutal ankündigte, dass die Nationalsozialisten diese nicht annehmen könnten. Kanzler Schuschnigg erwiderte ihm sofort, dass er seine Verpflichtungen gegenüber dem österreichischen Volk halten müsse. Im Laufe des 10. März gibt er den Befehl, die Reserveklassen einzuberufen.

Es war in diesem Augenblick, als uns aus den österreichischen Grenzorten die Nachricht erreichte, dass man auf deutschem Gebiet Truppenbewegungen feststellte. Schon in den vorhergehenden Tagen hatten deutsche Einheiten in der Nähe unserer Grenze Manöver veranstaltet. Nach den Nachrichten, die wir am Morgen von unseren Agenten in Bayern erhielten, handelte es sich um bedeutende Truppenbewegungen, die bis nach München und über alle zur österreichischen Grenze führenden Strassen reichten.

Am Abend fand die Unterhaltung statt, die zwischen dem Kanzler und Dr. Seyss vereinbart worden war. So wie ich es schon weiter oben gesagt habe, erklärte sich im Laufe dieser Unterhaltung Dr. Seyss bereit, zu garantieren, dass die Volksabstimmung sich in Ruhe abwickeln würde und selbst am Freitag das Wort im Rundfunk zu nehmen, um zu ihren Gunsten zu sprechen.

Freitag, 11. März.

Am Morgen des 11. März hatten wir alle den Eindruck, dass dieser Tag das Ende der Spannung der vorhergehenden Tage bringen würde. Ich begab mich in mein Büro und hörte die Rechenschaftsberichte der hohen Funktionäre der Vaterländischen Front. Einer meiner Vertrauensleute brachte mir die Nachricht, dass der Minister Glaise-Horstenau vor einigen Tagen nach Deutschland gereist sei, um dort einen Vortrag zu halten und dass er am Abend zuvor von Hitler empfangen worden sei. Er hätte den Reichskanzler in einem Zustand heftigen Zornes angetroffen und Glaise-Horstenau sei der Überbringer eines Ultimatums nach Wien.

Wenige Minuten später rief mich Kanzler Schuschnigg zum Ballhausplatz. Ich fand ihn in seinem Büro. Es war das gleiche Zimmer, in dem Dollfuß ermordet wurde. Der Kanzler fragte mich, ob ich wüsste, wo sich der Minister Seyss-Inquart befinde. Ich konnte ihn



nirgendis auffinden. Durch meine Agenten erfuhr ich, dass Seys-Inquart auf dem Flugplatz Aspern gesehen worden war, wo er den Minister Glaise-Horstensau abholte. Von dort war er in die Stadt zurückgekehrt. Aber gegenwärtig befand er sich weder in seinem Büro, noch in seinem Rechtsanwaltsbüro. Am Sitze der illegalen Parté, in der Seitzergasse, erwiderte man, dass er sich dort ebenfalls nicht befindet. Aber sein Wagen hatte dennoch vor dem Hause in der Seitzergasse vorher gehalten.

Ich erstattete dem Kanzler folgenden Rechenschaftsbericht:

1. Man meldete uns aus dem Burgenland, dass die SA sich in den Bezirken Eisenstadt und Oberwarth zu Kundgebungen gesammelt hatte.
  2. Orte an der bayrischen Grenze kündigten uns die Ankunft bedeutender Kontingente deutscher Truppen an.
  3. Seit vorgestern wurden Truppentransporte auf den Strassen beobachtet, die von München zur österreichischen Grenze führen.
  4. Unsere Agenten in München meldeten starke Truppenansammlungen in der Stadt sowie die Umwandlung von Schulen in provisorische Kasernen.
  5. In Passau waren motorisierte Truppen eingetroffen. Nach einer sicheren Mitteilung würden im Laufe des Tages und der Nacht 40.000 Militärfahrzeuge ankommen.
  6. In verschiedenen Orten von Wien und Niederösterreich standen die ersten Stunden des Morgens im Zeichen von Ansammlungen der SA und SS, die mit Rucksäcken versehen waren. Agenten hatten mich wissen lassen, dass diese Leute für eine drei- bis viertägige Aktion Vorbereitungen getroffen hatten. Bestätigungen ähnlicher Meldungen wurden in den verschiedenen Provinzen angefordert, aber es war noch keine Antwort eingetroffen.
  7. Unsere Agenten hatten wissen lassen, dass die Situation in allen Provinzen sehr gespannt sei, dass aber trotzdem die öffentliche Meinung nicht sehr beunruhigt sei. In gewissen Teilen der Steiermark und in gewissen wichtigen Zentren Oberösterreichs machte man sich auf eine Abotage der Vorbereitungen für die Volksabstimmung gefasst.
  8. Unsere Propaganda ergibt gute Resultate. Aus allen Teilen des Landes erzählt man uns, dass die technischen Vorbereitungen der Wahl gute Fortschritte machen. -
- Der Kanzler berief mehrere Mitglieder des Kabinettes und hohe Persönlichkeiten, um über die Lage zu beraten. Es waren die Minister Pernter, Raab und Schmidt, der Bauernführer Reither, der Eisenbahnminister Stockinger und der Verbandsführer Staud.



Der Kanzler legte ihnen die Situation dar und teilte ihnen mit, dass Dr. Seyss-Inquart seit dem Abend zuvor vollkommen seine Meinung geändert habe. Nach einer langen Beratung entschloss sich der Kanzler, die technischen Bedingungen anzunehmen, die der Minister Seyss-Inquart in dem Brief gestellt hatte, der an mich gerichtet war. Aber er lehnte die Verschiebung der Volksabstimmung ab.

Der Kanzler bat die anwesenden Herren, nicht die Kanzlei zu verlassen und er gab seine Absicht kund, seine Antwort an Dr. Seyss-Inquart zu diktieren.

In diesem Augenblick trat der Sekretär des Dr. Schuschnigg, der Baron Froehlichsthal ein und überreichte ihm einen Brief des Dr. Seyss, der die Situation vollkommen anrierte.

In den ersten Zeilen seines Briefes spezifizierte Dr. Seyss-Inquart, dass er im Namen der nationalen Minister (Dr. Seyss und Dr. Glaise) und der nationalen Staatssekretäre (Dr. Jury, Dr. Fischböck usw.) schreibe. Der Brief trug die doppelte Unterschrift von Seyss und Glaise. Er stellte ein wahres Ultimatum dar. Im ersten Teil bestritt er den konstitutionellen Charakter der Volksabstimmung, inessen hielt er die Organisation einer Volksabstimmung im Sinne des Artikels 65 der Verfassung mit einer Frist von vier Wochen für möglich. Minister Seyss-Inquart sollte mit ihrer technischen Vorbereitung beauftragt werden. Jede Wahlkommission sollte einen nationalsozialistischen Vertreter haben. Die Möglichkeit, Wahlpropaganda zu treiben, sollte allen anerkannt werden und infolgedessen auch den Nationalsozialisten.

Dr. Seyss forderte dann die Annullierung der Volksbefragung, die vom Bundeskanzler angeordnet war und schlug unter gewissen besonderen Bedingungen eine Volksabstimmung nach einer Frist von vier Wochen vor. Im Falle einer Ablehnung der in dem Briefe dargelegten Bedingungen würden sich die Minister und nationalsozialistischen Beamten gezwungen sehen, ihre Demission zu geben und jede Verantwortung für die folgenden Ereignisse abzulehnen.

Der Brief forderte eine Antwort vor 13 Uhr. Der Kanzler hatte ihn nach 12 Uhr erhalten. Es blieb ihm also für die Antwort weniger als eine Stunde.

Die Minister und Persönlichkeiten, die über den Brief des Dr. Seyss vom Vorabend beraten hatten, waren noch anwesend. Der Text seines neuen Briefes verursachte Entsetzen. Die Anwesenden sahen darin eine neue Meinungsänderung des Dr. Seyss. Der Gegenstand war so wichtig, dass es unmöglich war, eine schriftliche Antwort in einer so kurzen Frist zu redigieren.



Die Annahme der technischen Bedingungen hinsichtlich der Abstimmung bot wegen der vorhergegangenen Beratungen keine Schwierigkeit. Aber es war für Dr. Schuschnigg unmöglich, die vorgesehene Volksbefragung zu annullieren. Er hatte dafür seine persönliche Verantwortlichkeit verpflichtet und hatte der Bundesversammlung klar erklärt, dass er neue Forderungen von nationalsozialistischer Seite nicht annehmen würde.

Dr. Schuschnigg legte seinen Standpunkt folgendermaßen dar:

1. Es ist möglich, das Ultimatum abzulehnen und das Abkommen von Berchtesgaden zu kündigen, indem man der Weltöffentlichkeit die Gründe bekannt gibt, die diese Kündigung rechtfertigen. Das würde wahrscheinlich einen Kampf bis auf das Messer zur Folge haben, der sich nicht nur im Innern des Landes abspielen würde, sondern man würde gleichzeitig der Militärintervention gegenüberstehen, die vom Deutschen Reich zu erwarten sei.

2. Es ist möglich, die gestellten Bedingungen anzunehmen. In diesem Falle würde die Umbildung der Regierung und der Rücktritt des Bundeskanzlers unerlässlich sein.

3. Es ist möglich, versöhnliche Vorschläge zu machen. -

In diesem Augenblick teilte man mit, dass Dr. Seyss-Inquart mit Glaise-Horsteman in der Kanzlei angekommen sei. Der Kanzler beauftragte mich und Dr. Schmidt, mit ihnen zu verhandeln, um eine Verlängerung der Frist zu erhalten. Dr. Seyss erklärte uns, dass er schon sein Möglichstes getan habe, um diesen Aufschub zu erhalten. Es sei ihm kaum gelungen, die Zustimmung zu erhalten, dass die Frist von 10 Uhr morgens auf 1 Uhr nachmittags verlängert wurde. Wir lenkten seine Aufmerksamkeit auf die unberechenbaren Folgen, die solche revolutionierenden Verfahren und Methoden nicht verfehlen würden, nach sich zu ziehen. Nach einer langen Diskussion ging Dr. Seyss-Inquart telefonieren und kam, uns zu sagen, dass er eine Zusatzfrist von einer Stunde erhalten habe.

Ich sagte dann zu Dr. Seyss-Inquart, dass es mir unmöglich sei, ihm die Verantwortlichkeit für eine solche Taktik und eine solche Politik zuschreiben, die in vollkommener Unstimmigkeit mit der Haltung sei, die er bis dahin eingenommen habe. Er bestätigte mir diese Auffassung und sagte mir, dass er nicht mehr Herr der Ereignisse sei. Die Entscheidung liege jetzt bei der Partei.

Wir kehrten in das Kabinett des Kanzlers zurück, wo in der Zwischenzeit eine Entscheidung gefällt worden war. In Übereinstimmung mit den anwesenden Personen hatte sich der Kanzler für die dritte



Eventualität, von der ich oben sprach, entschlossen. Die Wahl wird am Sonntag, 15. März stattfinden, indem man den technischen Bedingungen, die gestellt worden sind, Rechnung trägt. Dr. Schmidt und ich erhalten den Auftrag, davon den Ministern Seyss-Inquart und Gleise Mitteilung zu machen. Wir fanden sie im Minister-Beratungs-Zimmer und teilten ihnen die Annahme der Bedingungen mit den durch den Bundeskanzler gemachten Vorbehalten mit.

Dr. Seyss-Inquart erklärte uns, von diesen Vorbehalten keine Kenntnis nehmen zu können, denn er sei lediglich rechtlich befähigt, die völlige und bedingungslose Annahme der in seinem Brief enthaltenen Forderungen zur Kenntnis zu nehmen. Wir lenkten von neuem die Aufmerksamkeit des Dr. Seyss-Inquart auf die falsche Situation, in der er sich befinde und auf die möglichen Konsequenzen, die sich daraus hinsichtlich der Tatsache ergeben, dass er, Regierungsmitglied, der Wortführer der illegalen Partei sei, die wahrscheinlich vom Reich ihre Instruktionen erhalte.

Wir kehrten zum Kanzler zurück, um ihm die Antwort des Dr. Seyss-Inquart mitzuteilen. Es blieb für den Kanzler also nur noch die eine der beiden Möglichkeiten, die am Anfang der Beratungen ins Auge gefasst worden waren. In beiden Fällen würde Dr. Schuschnigg die Regierung verlassen, aber er behielt sich das Recht vor, der Öffentlichkeit die Gründe seines Rücktritts bekannt zu geben.

Der Kanzler begibt sich zum Bundespräsidenten, um ihm Bericht zu erstatten. Nach seiner Rückkehr bittet er mehrere Persönlichkeiten, die noch in seinem Vorszimmer sind, sich ihrerseits zum Bundespräsidenten zu begeben.

Ich blieb allein mit dem Kanzler in seinem Kabinett. Langsam und ruhig gehen wir von einem Ende des Zimmers zum andern. Er legt mir noch einmal die Gründe seiner Haltung dar und stellt mir vor, dass ich in der Regierung bleiben müsse, was auch immer sich ereigne, wenn er gehe. Worauf ich ihm erwidere, dass mir das unmöglich sei. Meine politische Karriere sei so eng mit der seinen verknüpft, dass es mir unmöglich sei, mir vorzustellen, wie ich jetzt einem anderen Kanzler dienen könne. Meiner Ansicht nach würde der Lauf der Dinge mir zahlreiche Pflichten bringen, die ich zu erfüllen habe. Der Kanzler nimmt meinen Arm und sagt mir:

„Ihr dürft nicht alle gehen. Es geht um das Geschick des Landes.“

Ich erwidere ihm, dass das Schicksal des Landes nicht mehr in den Büros, sondern auf den Barrikaden entschieden werde.



Draussen surren unsere Propagandaflugzeuge und werfen Millionen von Flugblättern in die Stadt, wo alles summt und deren Strassen sich mit immer grösseren Massen von Kundgebern entgegengesetzter Meinung füllen. Im Lande herrscht eine Atmosphäre unerträglicher Spannung. Von Viertelstunde zu Viertelstunde ertönen aus den Rundfunkapparaten Losungsworte für die Volksabstimmung. Die Vertreter aller Korporationen und aller Gruppen, die Vertreter der religiösen Gemeinschaften und der Provinzen sprechen zugunsten der Volksabstimmung. Und unten unter den Fenstern des Ballhauses errichten Arbeiter das Haus der Vaterländischen Front. Am 1. Mai wollen wir das Richtfest feiern. Auf der andern Seite beendet man das Denkmal für Dollfus, das gleichfalls am 1. Mai eingeweiht werden soll.

Der Verkehr auf dem Ballplatz ist verboten worden. Aber in den Strassen der Stadt ist eine Bewegung wie in einem Meisenhaufen.

Man hat, ohne etwas Genaues zu wissen, das Gefühl, dass man vor einem aussergewöhnlichen Ereignis steht, vor einer Sündflut. Ein angesindetes Streichholz könnte genügen, um das Feuer an das Pulverfass zu legen. Die Leute drängen sich und stossen sich mit diesem Gedanken in Kopf. Sie erwarten das Ereignis, dieses einzige Ereignis, das kommen wird und das kommen soll, denn die Agitation ist auf ihrem Höhepunkt.

Unzählige Informationen, die telefonisch in der Kanzlei einlaufen, verraten diesen Eindruck. In der Kanzlei selbst gelingt es einem kaum, seine Ruhe zu bewahren. Aber im ganzen Gebäude herrscht diese Atmosphäre, von der ich weiter oben gesprochen habe, vergleichbar einer entflammten Luftkule.

Im Vorzimmer des Kabinetts des Kanzlers warten zahlreiche Personen. Der Garderobenständer ist ein Gebirge von Kleidern geworden. Wer könnte jemals seine Sachen wieder finden? Überall bewegen sich Leute. Das Telefon läutet ohne Unterbrechung. In einer Ecke ist eine der leitenden Personen des Regimes dabei zu lesen. Ich gehe auf sie zu, um zu sehen, um welches Buch es sich handelt. Es ist eine Geschichte der italienischen Renaissance. Man hört alle möglichen Ansichten. Die verschiedensten Pläne werden dargelegt. Man will etwas tun. Man muss etwas tun.

Und die Zeit vergeht. Die von Dr. Seyss-Inquart gestellte Frist läuft ab. Dr. Seyss-Inquart sagt, dass es vergeblich wäre, zu telefonieren. Hier kann keine Entscheidung gefällt werden. Die Macht zu entscheiden, sei woanders.



In Berlin!

Im Augenblick, wo Dr. Seyss-Inquart gesteht, dass die Entscheidung von Berlin abhängt, ist das ganze österreichische Problem von einer blendendhellen Klarheit. Es handelt sich nicht um politische Rechte der österreichischen Nationalsozialisten und ihre Sache, deren Betreuung Herr Hitler zu haben behauptet. Es handelt sich nicht um die „Befreiung“ der österreichischen Nationalsozialisten, sondern um die Eroberung eines Landes durch die deutsche Armee.

Schliesslich regt man Dr. Seyss-Inquart an, Berlin anzusurufen. Man wollte klar sehen und die Wahrheit kennen. Nach einigen Augenblicken Überlegung entschloss sich Seyss-Inquart dazu. Er geht ans Telefon und ruft Goering in Berlin an.

Die Unterhaltung wurde in der Telefonzentrale abgehört. Der Bericht, der uns dann von der Person, die ihn abhörte, gemacht wurde, stimmte voll mit den Informationen überein, die Dr. Seyss-Inquart Dr. Schmidt und mir gab.

Er kam sehr gleich und bewegt von seiner telefonischen Unterhaltung zurück. Dr. Schmidt und ich trafen ihn im Stulensaal. Er hatte mit Goering gesprochen und ihm Mitteilung von der Annahme der Bedingungen mit den Vorbehalten wegen des Datums der Volksabstimmung gemacht. Goering hatte ihn gebeten, eine Minute am Telefon zu warten. Er wollte dem Führer darüber berichten. Wenige Minuten später kehrte der preussische Ministerpräsident an das andere Ende des Drahtes zurück, um Seyss-Inquart eine Antwort zu diktieren, die dieser auf einem Stück Papier niederschrieb. Er fügte hinzu: „Übergaben Sie das wörtlich Schnuschnigg!“

Auf dem Stück Papier konnten wir lesen: „Die gegebene Antwort wird als Ablehnung des Ultimatums angesehen. Es ist jetzt zu fordern, dass Dr. Schnuschnigg geht. Dr. Seyss-Inquart soll mit der Bildung der neuen Regierung beauftragt werden. Die Nationalsozialisten müssen im neuen Kabinett in der Mehrheit sein. Im Falle, dass diese neuen Bedingungen nicht angenommen werden, würde die deutsche Armee um 7 1/2 Uhr abends in Österreich einmarschieren.“

Eine Antwort muss in einer Frist von einer Stunde gegeben werden. Im Falle, dass Sie in dieser Frist nicht abermals angerufen haben, würde Berlin annehmen, dass Sie in eine Lage versetzt wurden, die es Ihnen unmöglich macht, dies zu tun.“

Dies ist nicht der genaue Text dieses neuen Ultimatums, den ich hier berichte. Aber es ist der genaue Sinn. Dr. Seyss-Inquart hatte uns, dem Dr. Schmidt und mir, von seinem Stück Papier unmittelbar nach der telefonischen Unterredung mit Berlin vorgelesen.

CR 1. 2



Dr. Seyss-Inquart frug uns, ob wir es übernehmen, diese Nachricht dem Kanzler zu überbringen. Ich sagte ihm, dass dies ihm persönlich angehe. Auf eine Bemerkung meinerseits suchte Dr. Seyss-Inquart die Wechseln und sagte: „Ich bin in diesem historischen Augenblick nichts weiter als ein Telefonfräulein. Ich kann nur die Nachricht übermitteln, ohne über irgendeine Initiative zu verfügen.“ Einige Minuten später verlässt er das Kabinett des Kanzlers. Dr. Schuschnigg ist von einem solchen Vorgehen tief bewegt. Er sagt, dass er sich auf die Entscheidung des Staatsoberhaupts berufe.

Dieser letztere weigert sich, die Demission des Dr. Schuschnigg anzunehmen oder nur von ihr Kenntnis zu nehmen, Umso stärker lehnt er es ab, Dr. Seyss-Inquart zum Kanzler zu ernennen.

In der Zwischenzeit hat das offizielle DNB durch den Rundfunk als gänzlich falsch die Gerüchte dementieren lassen, nach denen die deutsche Regierung ein Ultimatum nach Wien geschickt haben sollte. Es handele sich nur um Meinungsverschiedenheiten innerhalb Österreichs zwischen der Regierung und den Nationalsozialisten, Meinungsverschiedenheiten, in die die deutsche Regierung sich nicht mischen würde, solange nicht, bis sie offiziell dazu aufgefordert wird.

Der Bundespräsident hebt den Widerspruch hervor, der zwischen diesem Kommuniqué und der Tatsache der Überreichung des Ultimatus besteht und empfiehlt, eine Aufklärung auf diplomatischem Wege in Berlin zu erbitten.

Nach der Ablehnung des Präsidenten, ihn von seinem Posten zu entheben, kehrt Dr. Schuschnigg in sein Büro zurück und erbittet das Urteil der Chefs der Polizei und Armee. Er fasst die Möglichkeit eines bewaffneten Widerstandes ins Auge. Der Staatssekretär für die nationale Verteidigung und der Staatssekretär für die Sicherheit raten ihm, nachzugeben. Der Widerstand der österreichischen Truppen, die nicht an der Grenze zusammengesogen seien wie die deutsche Armee, sondern die im ganzen Lande zerstreut seien, würde ausserordentliche Schwierigkeiten und wenig Erfolgsaussichten bieten. Man müsse rechnen, dass innere Unruhen nicht nur die Polizei, sondern einen Teil der Armee fesseln würden. Brücken und Eisenbahngleise würden gesprengt werden, was die Bewegung der zerstreuten Truppenabteilungen noch schwieriger machen würde. Es sei zu spät, freiwillige Hilfstruppen auszuheben. Im Falle eines Überfalles des Reiches würde die Angelegenheit in wenigen Stunden geregelt sein. Als die beiden Staatssekretäre das Kabinett des Kanzlers verlassen, ist ihr Gesicht weiss wie ein Leintuch.



Unterdessen vergeht die Stunde der Frist, die Goering dem Dr. Seyss-Inquart gestellt hat. Die Mitarbeiter dieses Letzteren, die zu gleicher Zeit die Führer der illegalen Partei sind, versammeln sich um Dr. Seyss-Inquart. Auch sie sind aussergewöhnlich bewegt. Von ihnen geht der Plan aus, der sich jetzt verwirklicht. Aber sie zeigen gleichfalls Bewegung und unglaubliche Führung. Globotschnigg geht ans Telefon und ruft von neuem Goering an, um ihn um eine Fristverlängerung zu bitten. Er erhält sie. Die Frist, in der Dr. Seyss-Inquart zum Kanzler ernannt werden soll, wurde auf 6 1/2 Uhr festgesetzt. Um 7 1/2 Uhr würden die deutschen Truppen sich in Bewegung setzen.

Während dieser Zeit wägt der Kanzler mit seinen Freunden die Chancen eines Widerstandes. Es sind die wichtigsten Beratungen des Tages, die er ruhig in seinem Büro leitet. Man hat später erzählt, dass der Kanzler allein in seinem Kabinett geblieben sei und Radio gehört habe, um seine Nerven zu beruhigen. In Wirklichkeit ist der Kanzler an diesem Tage nur wenige Minuten allein geblieben und kein Zimmer des Appartements der Kanzlei verfügt ebenso wie früher über einen Radioapparat. Nach langen Beratungen mit einer grossen Anzahl von Persönlichkeiten begab sich der Kanzler von neuem zum Bundespräsidenten.

Wenige Augenblicke später wurde ein vermittelnder Vorschlag gemacht. Unter der Drohung der deutschen Militärintervention nahm der Bundespräsident an, den Präsidenten des Rechnungshofes und ehemaligen Kanzler Dr. Otto Ender in die Kanzlei zu berufen und in das Kabinett neben Dr. Seyss-Inquart, der zum Vizekanzler ernannt werden sollte, eine grosse Anzahl von Nationalsozialisten eintreten zu lassen.

Wie man es erwarten konnte, wurde dieser Vorschlag gleichfalls zurückgewiesen, obgleich Dr. Seyss-Inquart der Meinung gewesen war, ihn anzunehmen. Ich habe den Eindruck, dass er vor der Verantwortung zurückschreckt, die er in einem historischen Augenblick übernehmen soll.

Wir erfahren, dass ein offizielles deutsches Flugzeug mit zwei Reisenden von Berlin in Richtung Wien abgegangen ist. Es handelt sich um den Staatssekretär Keppler und seinen Sekretär Dr. Vehsemayer.

Dr. Schuschnigg ruft mich und Dr. Schmidt in sein Kabinett und sagt uns, dass sein Entschluss, zurückzutreten, unwiderruflich ist. Diese Eventualität war schon sofort nach seiner Rückkehr aus Berchtesgaden von ihm ins Auge gefasst worden. Es sei ihm nicht möglich, die Vertagung der Volksabstimmung anzuordnen, die Vertagung,



die jetzt unvermeidlich ist und aus der die Folgerungen zu ziehen, eine neue Regierung berufen, sein wird.

Der Bundespräsident bleibt bei seiner Weigerung, Dr. Seyss-Inquart zum Kanzler zu ernennen. Die Mitarbeiter des Dr. Seyss-Inquart, Dr. Rainer, Globetschnigg und Dr. Mühlmann, fassen den Entschluss, den Bundespräsidenten aufzusuchen, um ihm ihren Standpunkt und die Situation so klar zu legen, wie sie sie sehen.

Nach sechs Uhr nachmittags ist die Situation die folgende:

1. Das erste Ultimatum wurde angenommen, aber die Vorbehalte besonders hinsichtlich des Datums der Volksabstimmung sind als Ablehnung ausgelegt worden.

2. Die Verhandlungen werden jetzt offen mit Berlin geführt, wo Hitler persönlich die Entscheidung fällt. Man muss zugeben, dass selbst der erste von Dr. Seyss-Inquart gemeinsam mit dem Minister Glaise-Horstensau an den Bundeskanzler gerichtete Brief nach dem Diktat Berlins geschrieben war. Es ist klar, dass Glaise am Vorabend von Hitler selbst die Instruktionen für diesen Brief erhalten hat.

3. Dr. Seyss-Inquart hat gemäss den ausdrücklichen Anweisungen von Hitler den Auftrag erhalten, dem österreichischen Kanzler mitzuteilen, dass seine Antwort auf den Brief der Minister Seyss-Inquart und Glaise als Ablehnung betrachtet werde.

4. Zu gleicher Zeit hat Dr. Seyss-Inquart - immer nach dem Wunsch Hitlers - den Befehl empfangen, den Rücktritt des Kanzlers zu verlangen und zu fordern, dass er selbst berufen würde, ihn zu ersetzen. Eine Frist von einer Stunde wurde für die Annahme dieser Bedingungen festgesetzt. Im Weigerungsfalle war die Inmarschsetzung der deutschen Armee für 7 1/2 Uhr abends vorgesehen.

5. Nach dem ersten Ultimatum bot der Kanzler dem Bundespräsidenten seine Demission an. Nach der Ablehnung dieses letzteren, ihn seines Postens zu entheben, trat er in Besprechungen mit den Chefs der Polizei ein.

6. Der Bundespräsident lehnt es nach dem zweiten Ultimatum ab, Dr. Seyss-Inquart zum Kanzler zu ernennen und unter dem Druck der deutschen Drohung schlägt er vor, den Dr. Ender zu beauftragen, das Kabinett mit Dr. Seyss-Inquart als Vizekanzler zu bilden.

7. Die Nationalsozialisten haben ihre Putschvorbereitungen nicht berichtet.

8. Man erfährt, dass grosse deutsche Truppeneinheiten sich an der Grenze sammeln.



9. Der Kanzler unterhält sich von neuem mit den Chefs der Polizei.

10. Dr. Seyss-Inquart hat begonnen, eine Ministerliste aufzustellen und die Auswärtigen Angelegenheiten dem Dr. Schmit angeboten. Dieser lehnt ab.

11. Der deutsche Staatssekretär Keppler befindet sich im Flugzeug auf dem Wege nach Wien. -

In diesem Augenblick stehen wir folgenden Realitäten gegenüber:

a. Jede Verteidigungsmaßnahme gegen den Einmarsch deutscher Truppen in Österreich am Abend würde die Entfesselung des Krieges bedeuten. Die österreichische Armee könnte sich diesem Einmarsch nur während einiger Stunden widersetzen.

b. Die Unruhe, die im Innern durch die Nationalsozialisten hervorgerufen wurde, würde die Polizeikräfte und einen Teil der Truppe unbeweglich machen.

c. Die auswärtigen Mächte gaben keine Versicherung einer sofortigen Intervention. Es ist augenblicklich wohl eine Bemerkung der englischen Regierung in Berlin im Gange. Aber es ist ihr nicht möglich, die Fühlung mit der französischen Regierung aufzunehmen, denn in diesem Augenblick gibt es infolge einer Kabinettskrise in Frankreich keine Regierung. Was die anderen Staaten anbetrifft, raten sie, Zeit zu gewinnen und die Dinge kommen zu lassen.

d. Wir sind am Vorabend eines Bürgerkrieges im Innern und eines Bruderkrieges mit Deutschland. Unter diesen Umständen ist der Ausgang nicht zweifelhaft. Sollen wir die Verantwortung übernehmen, tausende von Menschenleben in einem Bürgerkrieg zu opfern und gleichzeitig tausende von Menschenleben in einem aussichtslosen Krieg gegen die deutsche Armee aufs Spiel zu setzen? In einem Krieg, dessen Ende wegen des Fehlens jeder Hilfe von aussen nicht zweifelhaft ist. -

So war die Entscheidung, vor der ohnesichtiger sich gestellt sah. Österreich ist dem Druck einer unglaublichen und unvorstellbaren Gewalt unterworfen. Wo sind die Erklärungen der Westmächte? Wo die Protokolle von Rom? Wo die deutsche Erklärung über Österreichs Unabhängigkeit?

Soll die österreichische Regierung in einem solchen Augenblick den Befehl zum Widerstand geben? Es ist nicht unmöglich, dass ein europäischer Krieg sich an den Flammen des österreichischen Widerstandes entzündet. Kann eine österreichische Regierung sich den Vorwurf zuschieben, für ein ganzes Volk, für einen ganzen Kontinent einen aussichtslosen Krieg und eine namenlose Not zu entfesseln?



Ich hatte kurz meine engsten Mitarbeiter über die Lage unterrichtet und ich befand mich auf der grossen Treppe, als Herr Keppler in Begleitung des Dr. Vehsemayer ankam. Keppler zog sich mit Seyss-Inquart, Glaise-Horstenau und den Mitarbeitern des Dr. Seyss-Inquart in ein Zimmer zurück, um ihnen die Instruktionen zu erklären, deren Träger er war, und das neue Kabinett gemäss den Wünschen Berlins zu bilden.

In der Zwischenzeit hatte ich Gelegenheit gehabt, in Gesellschaft des Dr. Schmidt mich noch einmal mit Glaise-Horstenau zu unterhalten, den wir fragten, ob er bereit sei, für die Person des Dr. Schuschnigg zu garantieren. Wir hielten es für notwendig, dass der Kanzler ins Ausland reiste, weil er unter den gegenwärtigen Umständen nichts mehr in seinem Lande tun konnte, weder für seine Ideen noch für seine Mitarbeiter. Glaise-Horstenau gab uns seine persönliche Garantie und versprach uns, darüber zu wachen, dass der Kanzler ohne Hindernis ins Ausland reisen könnte. Dr. Schuschnigg lehnte jedoch ab, das Land zu verlassen. Er erklärte, dass er seinen Leib und seine Seele dem Wohl dieses Landes geweiht habe, dass Österreich sein Vaterland sei und dass niemand von ihm verlangen könnte, sein Vaterland zu verlassen.

Ich hatte noch einen Mitarbeiter in ein Büro in einer anderen Etage  $\beta$  gerufen. Als ich mich dorthin begab, wurde ich von einem bekannten Nationalsozialisten angesprochen, der kein Österreicher war, und mir sagte, dass er sich erinnere, einmal sehr menschlich von mir behandelt worden zu sein. Er wäre jetzt in der Lage, Gleiches mit Gleichem zu vergelten. Er riet mir, den Worten des Dr. Seyss-Inquart keinen Glauben zu schenken, denn die Pläne Hitlers seien ganz andere.

Dr. Schuschnigg hatte die Anweisung gegeben, alles vorzubereiten, damit er von seinem Büro aus dem österreichischen Volk eine Erklärung geben könnte. Er kritzelte rasch einige Bescheidsworte und begab sich vor das Mikrophon, wo er die folgenden Worte sprach:

„Der gegenwärtige Tag hat uns in eine peinliche und entscheidende Lage gebracht. Ich bin beauftragt, das österreichische Volk über die Ereignisse dieses Tages zu unterrichten.

Die deutsche Regierung hat dem Bundespräsidenten ein Ultimatum überreicht, durch das er aufgefordert wurde, den Kandidaten zum Kanzler zu ~~ernennen~~ ernennen, den sie ihm vorschlagen würde und eine Regierung nach den Forderungen der deutschen Regierung zu bilden.



Im gegenteiligen Fall war die Einmarschsetzung der deutschen Truppen zu der Stunde vorgesehen, in der ich spreche. Vor der ganzen Welt stelle ich fest, dass die über Österreich verbreiteten Nachrichten, nach denen Ströme von Blut flossen und die Regierung nicht mehr Herr der Lage sei und die Ordnung mit eigenen Mitteln nicht mehr herstellen könne, von A bis Z erfunden sind.

Der Bundespräsident beauftragt mich, dem österreichischen Volk zur Kenntnis zu bringen, dass wir der Gewalt weichen. Da wir um keinen Preis, selbst nicht in dieser ernstesten Stunde, deutsches Blut vergossen wollen, haben wir unserer Armee den Befehl gegeben, sich ohne Widerstand zurückzuziehen im Falle eines Einmarsches der deutschen Truppen und die nächsten Entscheidungen abzuwarten. Der Bundespräsident hat den Befehl über die Armee dem Infanteriegeneral Schilhavy übergeben. Durch ihn werden die letzten Instruktionen der Armee übergeben. In dieser kritischen Stunde nehme ich Abschied vom österreichischen Volk mit einem deutschen Wort und einem aus der Herzens kommenden Wunsch: „Möge Gott Österreich beschützen!“

Für mich waren die Würfel auch gefallen. Ich unterrichtete Dr. Seyss-Inquart und den Minister Glaise-Horstensau und zwei andere Persönlichkeiten, die am gleichen Abend Mitglieder der neuen Regierung wurden, dass ich mich ins Ausland begeben würde. In mir war jede Spannkraft gebrochen. Ich war nicht des geringsten Gedankens fähig. In den Stunden, die folgten, verliess ich Wien, ohne einen Koffer, ein Kleidungsstück oder sonst etwas mitzunehmen.

Aber was war das alles gegen das beispiellose Unglück, das über meine Freunde hereinbrach, für die ich nichts tun konnte, da alle meine Mittel mich im Stich liessen? Es bleibt nur die Erinnerung, deren ich mich jetzt bediene, um getreu das Ende des Dritten Österreich aufzuzeichnen, denn die Vergangenheit ist die Schwelle der Zukunft.